



Resilienz Österreich

Region NÖ-Süd

Aus den Interviews zu

„LEBENSQUALITÄT UND ENERGIEWENDE“

Was sagen AkteurInnen der Region über die Region?

Zusammenfassung

Gefragt nach ihren Wahrnehmungen zur Bedeutung möglicher Rohstoffverknappungen (Erdöl- und Erdgas) für die Lebensqualität in der Region zeichnen die SchlüsselakteurInnen folgendes **Risikobild:**

Gefährdung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit und der Stabilität der wirtschaftlichen Standorte, Abbau, Absiedlungen, da viele Betriebe und Unternehmen „nicht darauf vorbereitet“ sind, um schnell reagieren zu können; „heikle“ Situationen für die hochtechnisierte Land- und Forstwirtschaft; massive Gefährdung der Einsatzbewältigung, ein Aufgehen der Schere zwischen Arm und Reich; und dass die „sozial Schwächeren davon sehr stark betroffen wären.“ Dies beinhaltet entsprechende Brennstoffe für akute soziale Konflikte.

Chancen und Potenziale sehen die AkteurInnen in der Direktvermarktung und im Vertrieb regionaler Produkte, im Kurzhalten der Transportwege über kleinstrukturierte Anlagen und in der „Energie aus Bauernhand“. Das größte Potenzial liege in der Effizienzsteigerung.

Zur Gegensteuerung lassen sich aus den Interviews **drei wichtige Handlungspfade** für die Region ableiten:

- 1) **Kommunale und regionale Energienotfallplanung:** v.a. für Firmen, halböffentliche Betriebe und Private seien entsprechende Vorbereitungsaktivitäten notwendig;
- 2) **Aufklärung und Bewusstseinsbildung,** um Verhaltensänderungen und Veränderungen von Strukturen herbeizuführen;
- 3) **Energieautarkie und Umrüstung,** und damit die Schaffung von Möglichkeiten, um den Betrieb der Organisationen auch anders aufrechtzuerhalten.

Inhalt

1 Impressionen aus den Interviews in der Region NÖ-Süd 1

2 Details aus den Interviews 14

3 Komprimierte Fassung 36

1 Impressionen aus den Interviews in der Region NÖ-Süd

In der Region NÖ-Süd wurden zehn Interviews mit AkteurInnen aus Gemeinde- und Regionseinrichtungen, Bildungs- und Blaulichtorganisationen und Vereinen zum Thema „Lebensqualität und Energiewende“ geführt. Die Absicht war, **Wahrnehmungen und Einstellungen von SchlüsselakteurInnen der Region** zum Thema Energiewende vor dem Hintergrund möglicher Verknappungen fossiler Rohstoffe einzufangen. Die Forschungsgruppe versuchte, die Fragen zu beantworten,

- 1) welche regionalen Risiken mit einer potenziellen Energiekrise verknüpft sind; und
- 2) welche Sorgen im Raum stehen.

Insbesondere im Fokus standen auch die Fragen,

- 3) auf welche Fähigkeiten die Region bauen kann (Hoffnungen und Chancen); bzw.
- 4) welche gesellschaftlichen Veränderungen eine Energiewende erfordert, um mit einer möglichen krisenhaften Entwicklung der Energieversorgung umzugehen und die regionale Resilienz zu erhöhen.

Die Bereitschaft, sich zum Interview zur Verfügung zu stellen, war sehr hoch, was auf großes Interesse am Thema Energiewende und Erneuerbare Energie schließen lässt und auch in den Interviews hervorgegangen ist. Schilderungen eigener Erfahrungen und Meinungen wurden gerne und umfangreich getätigt. Die Perspektiven waren entsprechend der Sektoren, die angesprochen wurden, vielfältig, genauso wie die Argumentationen spezifischer Meinungen und Haltungen.

Die Interviews zeigen z.T. durchaus **abweichende Meinungen und Einstellungen** insbesondere zur Frage nach den Faktoren der regionalen Lebensqualität, der Rolle der Erneuerbaren Energie in der Region sowie zur Frage der Verknappung fossiler Rohstoffe.

Die Lebensqualität in der Region

An der Region werden v.a. die naturräumlichen Gegebenheiten, die Erholungs- und zahlreichen Freizeitmöglichkeiten im ländlichen Raum geschätzt. Gleichzeitig stellt die Nähe zu Ballungsräumen wie Wr. Neustadt und Wien einen für viele wichtigen Faktor dar, der positiv besetzt ist durch gute Verkehrsanbindung über Autobahn und Schiene. Dadurch sehen viele den Aktions- und Arbeitsmarktradius erweitert. Ablehnende Haltungen kommen zutage, da manche „hier nicht“ oder „lieber woanders“ wohnen möchten und dies ausreichend argumentieren: eingeschränkte Erschließung und Infrastrukturen, was hohe Energiekosten im Individualverkehr verursacht, sowie den durch den Rückgang der regionalen Industrie eingeschränkten Arbeitsmarkt werden als unattraktiv empfunden.

Erneuerbare Energie in der Region: Begeisterung und Widersprüche

Für die Region und die Kleinregionen sind Erneuerbare Energien ein wichtiges Thema. Die Initiativen im Rahmen der Klima- und Energiemodellregion und der Leaderregionen sowie zahlreiche Berichte über Projekte und Aktivitäten in diesen Zusammenhängen zeugen von hohem Engagement. Die großen Player im Bereich der Erneuerbaren Energien sind die größeren Gemeinden im gesamten Schwarzwatal hineinreichend in die Kleinregion Rax-Semmering. Umrüstung auf Erneuerbare spielt hier eine zentrale Rolle.

Die Interviews in der Region NÖ-Süd hinterlassen jedoch den Eindruck, dass abwärts der Regionsvertretungen der Kleinregionen sowohl Interesse als auch Engagement deutlich sinken.

Aussagen der InterviewpartnerInnen wie „das Echo ist enden wollend“ (gemeint sind hier Gemeinden), „Große Würfe sieht man noch nicht“ u.a. belegen, dass das Thema „noch nicht ganz so ernst genommen“ wird. Zum anderen wurde in einigen Gemeinden außerhalb der zentralen Räume die Anfrage zum Interview abgelehnt, zwar ohne eindeutige Begründung, zweifellos aber drang mangelndes Interesse am Thema durch. Ablehnende Haltungen gegenüber dem Thema Energie lassen sich auch daran erkennen, dass bislang in nur wenigen Gemeinden, (in fünf von 34, wird berichtet) Energiebeauftragte eingerichtet wurden und Energiedaten erhoben werden.

Die widersprüchliche Haltung zum Thema Erneuerbare Energie widerspiegelt sich auch außerhalb der Berichte der Regionsverantwortlichen. Für manche der InterviewpartnerInnen aus anderen Bereichen spielen die Erneuerbaren in der Region „keine wahrnehmbare Rolle“ und „Bemühungen um einen Umstieg sind nicht bekannt“. Das Fernheizkraftwerk wird als „veraltet“ und die „Bereitschaft für innovative Ansätze als nicht vorhanden“ kritisiert. Über mangelndes Bewusstsein sowohl in der Bevölkerung als auch in Betrieben und in Gemeinden klagen die meisten der Befragten: Das Thema Energie ist „noch nicht in den Köpfen“, es ist „lästig“ und eine „Bürde“. Die „Selbsteinschätzung“ und „Selbstwahrnehmung“ der Gemeinden und auch der Firmen sei „im Moment nicht gegeben“. Auch eine gewisse Gleichgültigkeit aufgrund mangelnder Entscheidungskompetenzen und Einflussmöglichkeiten innerhalb der eigenen organisationalen Rahmenbedingungen wird zugegeben: „[...] ist nicht mein Problem! [...], ist mir völlig egal!“.

Verknappung fossiler Rohstoffe und ein regionales Risikoszenario

Die Interviews hinterlassen den Eindruck, dass ein Diskurs zur Verknappung fossiler Rohstoffe in der Region bisher nicht oder nur eingeschränkt stattgefunden hat. Die Sicherstellung der Energieversorgung scheint auf organisationaler Basis wenig hinterfragt. Zur Frage der Verfügbarkeit fossiler Rohstoffe zeichnet sich ein besonders ambivalentes Meinungsbild: Einige lehnen eine persönliche Meinung zur Ressourcenfrage ab und schieben dies auf „ExpertInnen“. Eine zweite Gruppe sieht hinter Krisen- und Verknappungsszenarien „wirtschaftliche Steuerung und Dramatisierung“ oder einen „festen Blödsinn“. „Solange wir leben, wird es genug Erdöl oder Erdgas geben.“ Kurzfristig befürchtet man „keine Einschränkungen“, und für längerfristige Risiken glaubt man an „technologische Patentlösungen, die in den Schubladen der Industrien“ ruhen. Partiiell tauchen auch Widersprüche im Gedankengang auf: Zwar hält man das angeführte Szenario für unrealistisch, gleichzeitig wird die fossile Unabhängigkeit als überzeugt erstrebenswert betrachtet, da Begrenzungen drohen.

Eine dritte Gruppe betrachtet die Ressourcen als „nicht unerschöpflich“ und eine Verknappung als „realistisch“ und „schon lange bekannt“. Die vierte Gruppe ergänzt hierzu noch Kritik, dass bisher „nichts Erkennbares passiert ist“, was hinderlich für gesellschaftliche Änderungen und ein Umdenken sei. Akute Versorgungsmängel würde man sogar begrüßen, um von einer „zentralen Welt“ endlich wieder in Richtung „dezentral“ zu denken.

Die Beantwortung der Frage nach den **regionalen Risiken einer möglichen akut auftretenden Energiekrise** fällt teilweise entsprechend schwer. Einzelne InterviewpartnerInnen merken an, darüber noch „nicht wirklich nachgedacht“ zu haben. Dass derzeit im „öffentlichen Verkehr nichts passiert“, wird als riskant eingestuft, und auch dass mangelnde finanzielle Mittel ein rechtzeitiges Umrüsten behindern. Der „riesige Lobbyismus zugunsten der KFZ- und Erdölindustrie“ sei ein globales Risiko, der Einfluss der Öl- und Gasbranche wird als hemmend für umweltfreundlichere Techniken bzw. für einen umweltfreundlicheren Energieverbrauch aufgefasst.

Der systemische Charakter einer Energiekrise bzw. die Kaskadeneffekte werden partiell erkannt, großteils verweilen die InterviewpartnerInnen jedoch in einem auf ihren Wirkungskreis fokussierten Blickwinkel. Eine umfassende Vorstellung der Konsequenzen ist nur in Einzelfällen möglich:

„echtes Chaos“, ein „kleiner Weltuntergang“, es gäbe „keinen Spar, keine Autos keine LKW's“, vermutlich auch keine Medikamente, und ob man noch was kaufen könne, sei dann fragwürdig.

Damit wird nur ein Ausschnitt an Risiken, wo Übereinstimmung herrscht, erreicht. Ein etwas **umfassenderes Bild** über die möglichen Auswirkungen, die die Region betreffen, ergibt sich jedoch, wenn die individuellen Denkansätze zusammengesetzt werden: Gefährdung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit und der Stabilität der wirtschaftlichen Standorte, Abbau, Absiedlungen, da viele Betriebe und Unternehmen „*nicht darauf vorbereitet*“ sind, um schnell reagieren zu können; „*heikle*“ Situationen für die hochtechnisierte Land- und Forstwirtschaft; massive Gefährdung der Einsatzbewältigung, ein Aufgehen der Schere zwischen Arm und Reich; und dass die „*sozial Schwächeren davon sehr stark betroffen wären.*“

Dies beinhaltet entsprechende Brennstoffe, und akute soziale Konflikte im Zusammenhang mit Energiekrisen werden nicht ausgeschlossen. Hauptmotiv für Aggressionen und Konflikte werden in der fehlenden Leistbarkeit gesehen.

Dass Energiekrisen Wirtschaftskrisen nach sich ziehen, ist nach Ansicht vieler AkteurInnen der Region das „*Hauptthema*“. Zum Teil werden die Wirtschaftskrisen und die Trends der letzten Jahre in unmittelbarem Zusammenhang mit „*unerkannten*“ Energiekrisen gebracht. Ein/e andere/r InterviewpartnerIn wiederum sieht Energie- und Wirtschaftskrisen als eher „*unabhängig voneinander*“ und als „*zwei Wellen, die da aufeinandertreffen*“ und sich gegenseitig aufschaukeln. Potenziell krisenverursachend gilt, dass „*die Wirtschaft einer sozial verträglichen Gesellschaft entgegen steht*“.

Lösungsansätze | Perspektiven | Chancen

Insgesamt setzt man auf „*proaktive regionale Entwicklungen*“ und die Nutzung regionaler „*materieller Ressourcen und Arbeitskräfte*“. Die Verwertung von Sägereisprodukten aus der Region und der Sonnenkraft sind „*Thema für jede Gemeinde*“. **Technologisch** erhofft man sich **Fortschritte** in der Entwicklung von GeoSol und Speicherkörpern in der Erde für Sonnenkollektoren. Weitere Investitionen in das Energiethema auf Basis des **regionalen Energiekonzepts 2020** werden für die Region als wichtig und notwendig erachtet.

Von den Gemeinden sei eine „*Vorreiterrolle*“ in Bezug auf Biomasseprojekte, Fernwärmeheizwerke und Sonnenkraftwerke oder Einsatz von Elektroautos einzunehmen und eine „*Vorbildfunktion*“ zu erfüllen. Damit erhofft man sich eine regionale Bewusstseinsstärkung und weiteres Umdenken.

Kleinregionale Puffer werden gesehen, wo die Abhängigkeiten jetzt schon geringer sind, z.B. „*mit Holzalternativen*“. Im Grunde wäre die Region jetzt schon so weit, auch ohne Fossile auszukommen, weil „*Ein Drittel [...] kann man mit Erneuerbaren abdecken.*“ Dem Problem des immer noch zu hohen Verbrauchs könne mit Effizienzsteigerung entgegengetreten werden, dazu wären die Datenerhebungen, die bisher nur von fünf Gemeinden vorliegen, dringend zu erweitern.

Chancen sehen die AkteurInnen in der Direktvermarktung und im Vertrieb regionaler Produkte, und generell im Kurzhalten der Transportwege, was über kleinstrukturierte Anlagen erreichbar wäre.

Lösungsansätze für die sozialen Probleme und Risiken werden nicht direkt vorgebracht. Die mehrfach angesprochenen sozialen Risiken werden jedoch auch als Chance betrachtet, „*[...] weil grad diese schwachen Schichten und die bildungsfernen usw. sehr schnell reagieren müssen*“.

Kritisch ist man bei der **Einschätzung des sozialen Zusammenhalts**. Zwar nimmt das Gemeinschaftsleben in der Region einen hohen Stellenwert ein und die Zusammenarbeit bzw. der Zusammenhalt innerhalb der Vereine und Blaulichtorganisationen gilt als „*top*“, was glauben lässt, dass ein „*Zusammenhalt sein wird*“, wenn es die Situation erfordert. Jedoch hegt man vielerorts

auch Zweifel daran, dass das soziale Gemeinschaftsbewusstsein bzw. die Bereitschaft größerer Betriebe und der Wirtschaft der Region zur Solidarität im Falle einer „*wirklichen Krise*“ halten.

Maßnahmen zur Erhöhung der regionalen Widerstandsfähigkeit

Kommunale und regionale Energienotfallplanung: Eine Gemeindevertretung versteht die Einladung zum Interview als Anregung, das Thema Energie in die kommunalen Krisenmanagementpläne aufzunehmen. Von anderen Organisationen wird empfohlen, die Katastrophenschutzpläne um „*kommunale Notfallpläne im Sinne der Verteilungsgerechtigkeit*“ zu erweitern bzw. einen regionalen Energienotfallplan zu erarbeiten. V.a. für Firmen, halböffentliche Betriebe und Private betrachtet man entsprechende Vorbereitungsaktivitäten als notwendig.

Aufklärung und Bewusstseinsbildung: Für das Thema Energie sei Sensibilität zu schaffen. Aufklärungsarbeit, Netzwerken und Zusammenarbeiten, auch im sozialen Bereich, werden als die vorrangigsten Maßnahmen beschrieben, um Verhaltensänderungen und Veränderungen von Strukturen herbeizuführen und das Einsparungspotenzial auszuschöpfen. Hoffnung setzt man in steigendes Engagement und Interesse der Gemeindeverantwortlichen. Für Betriebe können Verantwortung und Solidarität durch Wissensaustausch und Branchentreffen gefördert werden. Die „*Selbsteinschätzung*“ könne mithilfe eines Energiemonitoring und Definition eines Status Quo verbessert werden.

Energieautarkie und Umrüstung Grundsätzlich sei Energieautarkie erstrebenswert, auch wenn „*komplett autark*“ unrealistisch erscheint. „*Umrüstung*“ und die Schaffung von Möglichkeiten, um den Betrieb der Organisationen auch anders aufrechtzuerhalten, seien wichtig. Der Ausbau bewehrter Alternativen (Biomasse-|PV-Anlagen, kleinstrukturierte Nahwärme- oder Wasserkraftwerke) sei voranzutreiben. Die Anpassung von Verfahren, Genehmigungen und Baustandards werden als eine wesentliche Basis dafür gesehen und vorausgesetzt.

Abbildung 1: Meinungsübersicht aus den Interviews mit SchlüsselakteurInnen der Region NÖ-Süd zum Thema „Lebensqualität und Energiewende vor dem Hintergrund einer akuten Verknappung fossiler Rohstoffe“ (dicke Pfeile markieren Widersprüche, schmale Pfeile zeigen Handlungspfade auf)

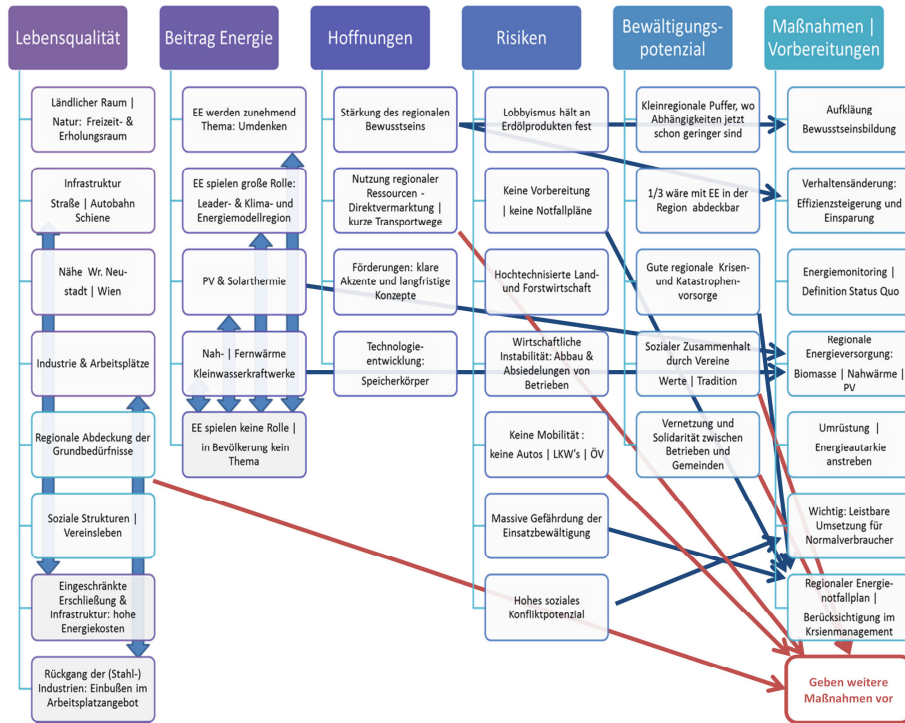


Tabelle 1: Interviews in der Region NÖ-Süd – Wortmeldungen und ihre Häufigkeiten zum Thema Lebensqualität und Energiewende: (1-1) Lebensqualität in der Region

Thema 1: Lebensqualität und Energiewende		NÖ-Süd					
(1-1) Lebensqualität in der Region							
→ Positive Faktoren		1	2	3	4	5	6
Ländlicher Raum Berge Landschaft Natur		[Bar chart: 5]					
Freizeitangebote Fun + Sport in der Natur Erholungsraum + Naherholung		[Bar chart: 4]					
Industrie Arbeitsplätze und Jobangebote Branchenmix		[Bar chart: 4]					
Infrastruktur: Verkehrsanbindung Straße Autobahn Schiene		[Bar chart: 5]					
Erschwungliche Grundstückspreise Wohnungen		[Bar chart: 2]					
Grundbedürfnisse gut gedeckt auch Angebot Luxusgüter		[Bar chart: 2]					
Nahrungsmittel: regionale Produkte landwirtschaftliche Kleinprodukte		[Bar chart: 1]					
Hohe Wasserqualität		[Bar chart: 1]					
Nähe Wr. Neustadt Wien		[Bar chart: 5]					
Gute Raderschließung		[Bar chart: 1]					
Kombination Land + Stadt Ländlicher Raum kleine Strukturen		[Bar chart: 2]					
Klimatisch geeignetes Gebiet selten Naturkatastrophen		[Bar chart: 1]					
Gute Katastrophenvorsorgemaßnahmen		[Bar chart: 1]					
Geringe Günstige Energiekosten bei Erneuerbaren Einsparungen erzielbar		[Bar chart: 1]					
Energiewende Geringer Betreuungsaufwand bei erneuerbarer Energieversorgung – hohe Bequemlichkeit		[Bar chart: 2]					
Das Miteinander und Vereine kleine Gemeindestrukturen		[Bar chart: 1]					
Verbundenheit mit der Region: Ich bin hier geboren und deswegen bin ich hier		[Bar chart: 1]					
→ Ablehnende Haltungen und einschränkende Faktoren							
Möchte da nicht lieber woanders wohnen		[Bar chart: 2]					
Lebensqualität erstreckt sich auf Mittelschicht: viele können sich Heizen nicht leisten		[Bar chart: 1]					
Schlechte Infrastruktur in entlegeneren Bereichen		[Bar chart: 2]					
Keine Flächendeckung der ÖV Schlechte Zeitpläne		[Bar chart: 2]					
Schlechte Erreichbarkeit von Schulen und Kindergärten 2 Autos nötig für Familien		[Bar chart: 2]					
Für jeden Weg ist Auto nötig		[Bar chart: 1]					
Industrie mittelständige Betriebe sind verlorengegangen		[Bar chart: 2]					
Eingeschränkte Arbeitsplatzangebote Pendlerdasein		[Bar chart: 1]					
Höhere Lebenshaltungskosten, da fast im Speckgürtel Wiens		[Bar chart: 1]					
Hoher Migrantenanteil		[Bar chart: 1]					
Hoher Energieaufwand: Treibstoff- Tankkosten Anschaffungskosten)		[Bar chart: 1]					

Tabelle 2: Interviews in der Region NÖ-Süd – Wortmeldungen und ihre Häufigkeiten zum Thema Lebensqualität und Energiewende: (1-II) Beitrag Energie

Thema 1: Lebensqualität und Energiewende	NÖ-Süd					
(1-II) Beitrag von Energie und/oder Erneuerbaren Energien für die Organisationen und die Lebensqualität in der Region	1	2	3	4	5	6
Energiekosten werden teurer	1					
Für jeden Weg ist Auto nötig 2 Autos nötig für Familien		2				
Viele Gemeinden haben Gasanschluss	1					
Thema Energie (fossil) wird in Region nicht als einschränkend für Lebensqualität gesehen kein Leidensdruck	1					
EE spielen keine Rolle Bemühungen umzusteigen, sind nicht bekannt im Regionalbereich und in Bevölkerung kaum Thema			4			
Interesse an EE Echo in Kleingemeinden ist endenwollend	1					
Für Umstieg/Adaptionen bei Bundesgebäuden wird vom Bund kein Geld zur Verfügung gestellt	1					
Energieeffizienz wird nicht eingehalten	1					
Neue Energieformen sind greifbar	1					
EE persönlich sehr wichtig	2					
EE werden immer mehr Thema Ressourcen vor Ort sind zu nutzen Umdenken ist da	3					
EE spielen große Rolle: LeaderRegion regionales Energiekonzept Energiegruppe Schneebergland Klima- und Energiemodellregion	3					
Energieautarkie ist erstrebenswert	2					
Arbeitsfeld in der Waldbewirtschaftung Überführung lw. ungenutzter Flächen in Kurzumtriebsflächen	1					
→ Technologien in der Region						
Photovoltaikanlagen auf Betriebsgebäuden Solarthermie	5					
Nahwärme Fernheizkraftwerk Kleinwasserkraftwerke	4					
Energie aus Bauernhand (regional produzierte Pellets, regionales Marketing und Vertrieb)	1					
Viel Holz in der Region Ware Brennholz nimmt an Wert zu	2					
Nutzung der eigenen Produkte in der Land- und Forstwirtschaft: Hackschnitzelheizungen	1					
Biogas ist nur Randthema	1					
Umstellung Heizsystem (Öl auf Pellets) bringt Kostenreduktion	1					
Energie und Umweltschutz ist ständiger Prozess und Optimierung	2					
Dämmmaßnahmen	1					
→ Aktivitäten in der Region						
E5-Gemeinde Energiebeauftragte Energie- und Umweltgemeinderat Energiegruppe -stammtische	4					
Fernwärmeheizwerk: Anschluss aller öffentlichen Gebäuden und Schulen sowie 4.500 Privatkunden auch aus Nachbargemeinden	1					
Kooperationen mit Energieversorgern	1					
Beteiligungsprojekte Sonnenkraftwerk: 8 öffentliche Dachflächen mit PV-Anlagen	2					
Schulprojekte Ferienspiele Infoabende	1					
Kostenloser Energiecheck Wärmestudien	2					
E-Auto für die Volkshilfe (Essen auf Rädern)	1					
City-Taxi-Gutscheine → Fahrgemeinschaften	1					
Energieausweis	1					
Förderungen für die Bevölkerung zur Umstellung	1					
Umbaumaßnahmen in Organisation Erziehung der MitarbeiterInnen	1					
Vereinbarungen mit Energieversorgern Gemeindeheizkostenzuschüsse im Sozialbereich	2					
Bewusstseinsbildung noch stiefmütterlich in den letzten Jahren	1					
Region ist im Vergleich noch rückschrittlich, was Energie betrifft	1					

Tabelle 3: Interviews in der Region NÖ-Süd – Wortmeldungen und ihre Häufigkeiten zum Thema Lebensqualität und Energiewende: (1-III) Hoffnungen und Chancen

Thema 1: Lebensqualität und Energiewende	NÖ-Süd					
(1-III) Hoffnungen und Chancen	1	2	3	4	5	6
→ Technologien						
E-Autos: Etablierung Umstellung der Gemeindeflotte Leistbarkeit Handeln der Autoindustrie	1					
Sonne: PV-Liga und Solarthermie Speicherbarkeit	2					
Verwendung der Abwässer bzw. der Kläranlagen	1					
Erdwärme	1					
Algen (-kraftstoff)	1					
Geosol-Speicher	1					
Günstige Pelletsheizungen Brandsicherheit	1					
Biomasse (Koppelprodukt) hat hier Potenzial	1					
Sehr viel Holz in der Region Altholzverwendung → Beschäftigungsmöglichkeiten	1					
Regional produzierte Pellets: regionales Marketing und Direktvertrieb Sägerezeugnisse aus der Region in die Region	1					
→ Mobilität & regionale Strukturen						
Verbesserung der Busfahrpläne Förderungsmodelle vom Land für die ÖVs	1					
Kurze Wege: Transportwege kurz halten	1					
Kleinstrukturierte regionale Anlagen	1					
Rückgang der Handelsketten Direktvermarktung	1					
Gebäudesanierung der Gewerbebetriebe und der Privaten	1					
Investitionen des Bundes in Bundesgebäuden	1					
Investitionen Umstieg auf EE durch Reinvestitionen	1					
Nutzung alternativer Energieformen muss ins Landschaftsbild passen	1					
→ Politik & regionales Bewusstsein						
Rasche Veränderungen wünschenswert	1					
Anpassung der Bauordnungen	1					
Anpassung der Förderungen Staffelungen Incentives für Umsetzungen	1					
Globales Umdenken	1					
Aufklärung Umdenken bottom-up Bewusstseinsbildung	2					
Stärkung des regionalen Gemeinde-Bewusstseins Überwindung der Bequemlichkeit	4					
Umsetzung des regionalen Energiekonzeptes	1					
Engagement Interesse der Gemeinden Funke muss von Leader auf die Gemeinden und von dort auf die Bevölkerung überspringen	2					
Fachliche Unterstützung Beratung	1					
Den Weg u.U. auch ohne Förderung gehen	1					
Fortbestehen der KEM-Region Leader-Region Multiplikation der Konzepte über die Kinder	1					
→ Sorgen						
Gedanken- Interessenlosigkeit Thema wird in Gemeinden nicht ernst genommen	2					
Thermische Solaranlagen kein Thema Bei PV und Solarthermie Schlußlicht in NÖ - kaum Vertreter	1					
Baubehörde ist hemmend NÖ ist Schlußlicht bei Liberalisierung von Bauregelungen	1					
Mangelnde Energieeffizienzsteigerung Daten nur von 5 Gemeinden	1					
Umstieg ist nicht proaktiv	1					
Gute Gasversorgung (Industrie) Bequemlichkeit durch Gas verhindert Umsteigen	2					
Hohes Potenzial an Waldflächen, aber in Abwanderungsgemeinden kein Bedarf → teure Transportkosten in Ballungsräume	1					
Hohe Getreidepreise Transportkosten sind gestiegen	1					
Fossile Energien schränken Lebensqualität nicht ein (z.B. im Preis)	1					
Es geht um Gewinn Lobbyismus Wirtschaftsinteressen	2					
Erschwierlichkeit für Otto-Normalverbraucher nicht gegeben	1					
Weltweites Problem: Energiekrisen bringen Sicherheit und politische Stabilität durcheinander	1					

Tabelle 4: Interviews in der Region NÖ-Süd – Wortmeldungen und ihre Häufigkeiten zum Thema Mögliche Energiekrisen: Risiken und Wahrnehmung (2-I) Verknappung fossiler Rohstoffe und (2-II) Risiken und Sorgen

Thema 2: Energiekrise - Risiken und Wahrnehmung	NÖ-Süd					
	1	2	3	4	5	6
(2-I) Gehen Erdöl und -gas zur Neige?						
Kurzfristig unrealistisch						
Mittelfristig sehr realistisch						
Langfristig möglich						
Langfristig unrealistisch						
Risiko ist sehr vorhanden						
Kann ich nicht beantworten						
Wird dramatisiert wir werden massiv belogen						
(2-II) Risiken und Sorgen						
Keine Sorge, dass die nächsten 2-3 Generationen mit Erdöl Erdgas auskommen						
Da hab ich mir noch nie Gedanken gemacht Viele Private haben sich noch nie Gedanken gemacht						
Trau ich mich nicht zu beantworten kann ich nicht einschätzen keine Ahnung, was das heißt						
Echtes Chaos kleiner Weltuntergang Wahnsinn						
Absolut keine Vorbereitung kein Notfallplan in Betrieben und Firmen keine kommunalen Notfallpläne in Bezug auf Verteilungsgerechtigkeit						
Schlechte Selbstwahrnehmung Selbsteinschätzung der Gemeinden						
Verkehr ÖV wäre massiv betroffen						
Verbrauch ist zu hoch						
Keine Medikamente						
Keine Lebensmittelversorgung						
Keine Land- und Forstwirtschaft						
Wesentliche Auswirkung auf Industriestandorte wirtschaftliche Instabilität Abbau und Absiedelung von Betrieben						
Arbeitslosigkeit wird steigen						
Energiepreise werden steigen						
Soziales Problem keine Solidarität Schere zwischen Arm und Reich wird aufgehen						
Kontingentsysteme werden notwendig aber problematisch						
Privatfahrten werden eingeschränkt - Traktor/LKW werden fahren						
Blaulichtorganisationen wären massiv betroffen						
Sanierung von Bundesgebäuden scheitert an Finanzierung vom Bund						
Grundproblem: Kurzfristigkeit im politischen und betrieblichen Denken						
→ Lösungsansätze:						
Wirklich energieautark wird nicht gehen, aber so gut wie möglich absichern						
Es wird eine kritische Übergangsphase, aber ist machbar						
Region käme ohne Fossile aus: 1/3 kann man schon mit Erneuerbaren abdecken						
Solar- und Wasserenergie						
Heizen ließe sich umstellen						
Viele könnten selbstversorgerisch tätig sein: es scheitert an der Sanierung, am Budget Finanzielle Mittel sind oft nicht vorhanden						
Schwerpunkt Effizienz: zumindest Gemeindegebäude müssten effizienter werden						
Vorteil Land: mehr Alternativen und mehr Selbständigkeit						
Vorteil Stadt: kürzere Wege						
Man würde wieder dezentral denken bei Ernährung, Energie und Netzbetreibern						
Auch in Großbetrieben macht man sich Gedanken						
Es ist wichtig, das Thema in die Krisen- und Katastrophenmanagementpläne aufzunehmen						
Umsetzung muss auch für Normalverbraucher leistbar sein (z.B. Nahrungsmittel)						
→ Überregionale Perspektiven:						
Wird eine globale Krise sein						
In 10 oder in 15 Jahren wär es keine große Katastrophe mehr						
Man muss mit Nachdruck Alternativen finden						
Ist einzige Chance für Veränderungen						
Energiewende wird sehr langsam gehen						
Preisschmerzgrenze ist (noch) nicht da						
Obere Managementebenen denken kurzfristig						

Tabelle 5: Interviews in der Region NÖ-Süd – Wortmeldungen und ihre Häufigkeiten zum Thema Mögliche Energiekrisen: Risiken und Wahrnehmung: (2-II) Risiken – Fortsetzung und (2-III) Ursache für gesellschaftliche | wirtschaftliche Krisen

Thema 2: Energiekrise - Risiken und Wahrnehmung	NÖ-Süd					
	1	2	3	4	5	6
→ Überregionale Perspektiven - Fortsetzung						
Industrie sitzt auf Patenten						
Alle Erdölprodukte werden aufgrund des riesigen Lobbyismus gehalten						
Lobbies werden an Krisen gut verdienen						
Reserven [Erdöl] wurden angehäuft						
Wirtschaftliche Steuerung Da ist viel Geschäft dahinter von der Wirtschaftspolitik						
Neugestaltung der EU ist notwendig - Lobbyismus muss verschwinden						
Die nächsten Kriege werden um Wasser geführt, nicht um Öl						
Langfristige Gasverträge mit Russland sind problematisch						
(2-III) Ist das Thema Energie eine mögliche Ursache für gesellschaftliche und wirtschaftliche Krisen?						
Hohes Konfliktpotenzial kann Ursache sein unmittelbarer Zusammenhang						
Kann Akutsituationen soziale Konflikte negative Auswirkungen auslösen						
Wird als Ursache verwendet						
Wirtschaftskrisen und Energiekrisen sind unabhängig voneinander, aber schauen sich auf						
Das kann man sich nicht richtig vorstellen kann es nicht abschätzen						
→ Wirtschaftliche Risiken						
Wirtschaftskrise: massive Auswirkungen und Instabilität						
Massiv betroffen: Industrie Produktionsfirmen mit Öl als Grundstoff						
Sind Hauptthema Standorte sind nicht mehr wettbewerbsfähig						
Verdrängungswettbewerbe der regionalen Arbeitsplätze						
→ Soziale/Gesellschaftliche Risiken						
Jobverlust						
Produkte werden teurer Preissteuerung und ungerechte Behandlung Leistbarkeit für alle fehlt						
Massive Beeinträchtigung des Lebensstandards						
Schere zwischen Arm und Reich wird größer - es wird Schuldige geben						
Wir leben in einer Wirtschafts- Neidgesellschaft: sozial verträgliche Gesellschaft Wandel wird es nicht geben						
Politisches Erdbeben wird ausgelöst						
Anarchie wird ausbrechen						
Kann auch positive Auswirkungen haben: Besinnung und Zusammenrücken						
→ Überregionale Perspektiven						
Kriegerisches Konfliktpotenzial (Rußland - China - Afrika)						
30-Jahres-Verträge für Gaslieferungen: auch wenn Gas nicht geliefert wird, muss bezahlt werden						
Ost-West-Gefälle: Industriestandorte stärker betroffen						
Wir befinden uns schon teilweise in einer Energiekrise						
Die wirkliche Staatskrise war noch nicht da						
Standing in Politik und Wirtschaft fehlen, um Trendwende leistbar möglich zu machen						
Trendförderungen sind langfristig sehr undurchsichtig						
Einfluss der Öl- und Gasbranche verhindert umweltfreundlichere Techniken						
Patentrezepte liegen in der Schublade						
Preiswahrheit fehlt - Leidensgrenze ist noch nicht erreicht						
Ein Wissenschaftler sollte solche Schreckensszenarien nicht andenken						

Tabelle 6: Interviews in der Region NÖ-Süd – Wortmeldungen und ihre Häufigkeiten zum Thema Bewältigung von Krisen: (3-I) Bedrohliche Entwicklungen in der Region und (3-II) Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Thema 3: Bewältigung von Krisen	NÖ-Süd				
	1	2	3	4	5
(3-I) Bedrohungen bedrohliche Entwicklungen in der Region					
Schäden und Einzelschicksale durch Naturereignisse (Starkregen Windwurf), aber keine Existenzbedrohungen					
Niedergang der verstaatlichten Stahlindustrie Rückgang der gewerkschaftlichen Verbände					
Krisenjahre 2008 2009					
Zeichen der Zeit lassen erkennen: soziale Krisen sind erwartbar					
Sozial Schwache sind gefährdet - unabhängig von der Krisenursache Bedrohliche Entwicklungen beginnen gerade					
Energie wird immer teurer: immer mehr Betroffene					
Energiekrise: ist bereits da, aber unerkannt sorgt für Konflikte					
Demografische Entwicklung und SchülerInnenrückgang					
Großstädte werden noch größer werden					
Rückgang der Landwirtschaft					
Rückgang der Förderraten ist immer problematisch					
Green Grabbing → Entwicklung Richtung Feudalsystem					
Abhängigkeit des Gewerbes von außen Greißlersterben					
→ Bewältigung					
Naturereignisse wurden lokal gut bewältigt bisher					
Professionelles Katastrophenmanagement kann sehr schnell mobilisiert werden gute Katastrophenvorsorge					
Großer innerer Zusammenhalt soziales Auffangnetz					
Mittlerweile auch größerer Zusammenhalt zwischen Gemeinden					
Krisenseelsorge					
Technologie zur Prävention					
Einigkeit bei Ideen, aber Rückzieher, wenn es ums Umsetzen geht					
(3-II) Gesellschaftlicher Zusammenhalt in der Region					
Vernünftiges Vereinsleben Zusammenhalt durch Vereine ist sehr gut Werte und Tradition					
Freiwilligenengagement ist sehr hoch (Beispiel Feuerwehren)					
Jugendengagement					
Soziales Gemeinschaftsbewusstsein ist gefährdet kann schnell kippen					
Solidarität funktioniert in Teilen der Region in kleinstrukturierten Gemeinden					
Initiativen durch Vereine: großer Multiplikatorenwert					
Geteilte Sicht: guter Zusammenhalt vs. wachsender Egoismus					
Kleinregionen sind ein großer Vorteil					
→ Handlungsbedarf					
Fokus auf einkommenschwache Gruppen richten					

Tabelle 7: Interviews in der Region NÖ-Süd – Wortmeldungen und ihre Häufigkeiten zum Thema Bewältigung von Krisen: (3-III) Maßnahmen und Vorkehrungen und (3-IV) Wünsche an die Politik

Thema 3: Bewältigung von Krisen	NÖ-Süd				
	1	2	3	4	5
(3-III) Maßnahmen und Vorkehrungen zur Erhöhung der Widerstandsfähigkeit gegenüber potenziellen Energie- Ölkrisen					
Das ist ein Gesamtkonzept mindestens auf Landesebene					
Demografische Entwicklungen beachten					
Unternehmen müssen sich selbst engagieren					
Als Gemeinde Betriebe für Arbeitsplätze engagieren					
Erarbeitung eines Regionalen Energienotfallplans Erweiterung des Krisenmanagementplans					
Energiemonitoring durch Energiebeauftragte Status Quo definieren Prioritätenliste erstellen					
Netzwerken und Zusammenarbeiten Kooperation der Kleinregionen					
Konzepte für öffentlichen Verkehr in den Randregionen					
Neudefinition von Lebensqualität und Wohlstand: Einkommensfaktor und Wachstumsraten sind überholt					
→ Aufklärung und Bewusstseinsbildung					
Energieberatung der Umweltorganisationen hat Erfolge					
Aufklärungsarbeit der Leader-Region bei Unternehmen stößt an Grenzen					
Erkennen der Problematik wichtig Vorbereitung von Gemeinden und Betrieben					
Bewusstseinsbildung Aufklärungsarbeit Themenaufbereitung durch Verantwortliche Vorausschauendes Denken vermitteln					
Öffentliche Betriebsberater Branchentreffen					
Forcieren der Baustandards in Richtung Passivhäuser					
Regionale Identität und Zusammenleben					
→ Verringerung der Abhängigkeiten					
Regionale Energieversorgung: Biomasse kleinstrukturierte Nahwärmekraftwerke PV-Anlagen Investitionen in Kleinwasserkraftwerke					
Stromeigenbedarf selbst decken (z.B. Solarpaneele)					
Größtes Einsparungspotenzial in der Verhaltensänderung (auch durch Preispolitik)					
Holzofen Kachelofen einbauen Holzlager anlegen					
Umstieg auf alternative Treibstoffe (Rapsöl, Sonnenblumenöl)					
Hackschnitzel sind zukunftsweisend bringen Arbeitsplätze in die Region					
Angebot und Nachfrage ausschlaggebend Preiselastizität					
Mehrheitsentscheidungen und Einschränkungen in der Windraderrichtung nicht nachvollziehbar					
(3-IV) Öffentliche Maßnahmen und Wünsche an die Politik					
Regulierungen frühzeitig überlegen, nicht erst reaktiv					
Anpassung von Verfahren und Genehmigungen					
Konzepte und Masterpläne für Förderungen Kontinuität					
Umlenken der Förderschwerpunkte (Ko-Finanzierungen): weg vom Fokus Landwirtschaft und Tourismus in Richtung Wirtschaft regionale Unterscheidung					
Politik muss Rahmenbedingungen schaffen Abstimmung Bund Land Gemeinden					
Langfristige Verwirklichung von politischen Programmen Konzepten Förderungen					
Politische Verantwortung muss verstärkt werden (in persönlicher Geldhaftung)					
Politiker müssen wirkliche Volksvertreter werden					
Benchmarking-Kennzahlen für Gemeinden erstellen					
Motivation und Finanzierung der Freiwilligen					
Keine Einsparungen bei Freiwilligenorganisationen Wert bewusst machen					
Gemeinden sollen ihren Aufgaben und Pflichten, die im Gesetz verankert sind, nachkommen					
Regionsziele festlegen und verfolgen					
Finanzierungskonzepte für die übertragenen Aufgaben Ausgleichszahlungen oder Beteiligungen					
Öffentliche Hand muss Zeichen der Zeit erkennen					
Reorganisation der EU in Hinblick auf Demokratie in der EU sollen die Regionen vertreten werden Regionalbüros in Bundeshauptstädten					

2 Details aus den Interviews

Thema 1: Lebensqualität und Energiewende

(1-I) Was macht die Lebensqualität in der Region aus?

Die befragten AkteurInnen der Region assoziieren Lebensqualität der Region mehrheitlich mit dem landschaftlichen Umfeld und dem ländlichen Raum. Berglandschaft und Natur werden als Erholungs- und Freizeitraum geschätzt, wo Rückzugsmöglichkeiten und sportliche Aktivitäten wie Wandern, Klettern, Radfahren, auch Schwimmen im leicht erreichbaren Neusiedlersee, gleichermaßen möglich sind. Konsequenterweise hervorgehoben werden die Nähe zu Wr. Neustadt und Wien und die Vermischung von Land und städtischen Bereichen.

„[...] man hat alles, was man haben kann auf relativ engem Platz.“ [N8]

Den Verkehrsanbindungen (Autobahn, Zugverbindungen) zu Wr. Neustadt und Wien schreibt man einen hohen Stellenwert zu, v.a. da dies das Jobangebot erweitert und die gestiegene Arbeitslosigkeit im Bezirk kompensiert. Grundsätzlich werden der Industrie und dem Branchenmix jedoch weiterhin große Bedeutung für das Arbeitsplatzangebot beigemessen.

Wesentlich für die Lebensqualität erscheinen im Einzelnen auch die Faktoren Wohnstandort mit erschwinglichen Grundstückspreisen sowie die regionale Abdeckung der Grundbedürfnisse und des täglichen Bedarfs bis hin zu Luxusgütern.

„Das geht eigentlich weiter über Nahrungsmittel, das ist für mich ganz ganz wichtig oder für unsere Familie. Wir schauen ausschließlich net nur österreichische sondern auch regionale Produkte einzukaufen. Und das ist natürlich auch eher noch möglich, das zeichnet uns aus, dass wir sehr viele landwirtschaftliche, zumindest Kleinbetriebe haben. [...]“

Und das ist für mich auch Lebensqualität, das geht hin bis zur Wasserqualität, [...]“ [N4]

Jedoch ist die Abdeckung der Grundbedürfnisse nicht allen Bevölkerungsschichten zugänglich, teilweise fehlen materielle oder finanzielle Ressourcen:

„Die Lebensqualität an und für sich erstreckt sich in der Mittelschicht, sag ich jetzt einmal, auf die Grundbedürfnisse und wenn ich noch gesagt habe, dass sich viele das Heizen nicht leisten können, dann kommt das der Realität sehr nahe. Wir haben vorher auch Fälle gehabt, wo eine Mutter gesagt hat, sie tut nur alle zwei Tage einheizen und sie ziehen sich wärmer an in der Wohnung, das ist sehr ungemütlich. Die Lebensqualität an und für sich wäre ja in unserer Gegend von der Natur sehr schön, aber es sind halt die Ressourcen, die fehlen.“ [N2]

Den positiven Einstellungen stehen jedoch auch ablehnende Haltungen gegenüber: Warum man hier nicht oder lieber woanders wohnen möchte, wird dabei ausreichend argumentiert: eingeschränkte Erschließung und Infrastrukturen verursachen hohe Energiekosten durch multiplen Auto- und hohen Treibstoffbedarf bis hin zum industriellen Rückgang und Einbußen im lokalen | regionalen Arbeitsplatzangebot:

„Die Lebensqualität in der Region kann ich dir gleich sagen, ich möchte da nicht wohnen! [...] weil einfach – infrastrukturell einigiges fehlt. Man hat zwar partiell gute Anbindungen mit Bahn und auch Bus, aber in den entlegeneren Regionen glaub ich einmal, dass eine schlechte Infrastruktur vorhanden ist, sprich die Erreichbarkeit von Schule, von Kindergarten, das ja für mich oder für uns sehr wichtig ist, sicherlich nicht gegeben ist. Das ist einmal ein Aspekt – gut ich mein, ich hab meine Arbeit da, das stimmt schon, aber ich glaub, wenn'st in der Region selbst Arbeit suchen willst und musst, wirst dir da schwer tun, weil die Industrie oder seitdem ich da, etliche Kleinbetriebe, mittelständige Betriebe eigentlich verloren gegangen sind. Das siehst

eh, Raum Ternitz, Neunkirchen, die ja stark industriell geprägt waren, z.T. sind sie's ja noch ein bisschen. Aber das ist sicherlich stark zurückgegangen.

Und ich glaub, das hat einerseits mit der Topografie zu tun, dass das sehr schlecht erschlossen ist. Ich mein, du hast z.T. sicherlich die Südbahn, wo du schnell in Wien drinnen bist, aber Pendlerdasein wahrscheinlich ah net grad das Um und Auf ist.“ [N5]

„Ich kenn also viele Regionen, wo ich lieber leben würde, [...]. Was ich weniger schätz, ist, dass wir fast schon im Speckgürtel von Wien, und auch daher höhere Lebenshaltungskosten haben.

Was ich noch sagen will zu dem ersten Thema, ich bin hier geboren, und deswegen bin ich hier.“ [N7].

Als einschränkend für die Lebensqualität wird im Einzelfall der hohe Migrantanteil empfunden, insbesondere jener der anatolischen Türken, was jedoch nicht im Detail argumentiert wird.

Andere, einzeln genannte Faktoren, die mit Lebensqualität assoziiert werden, sind:

- a) die Energiewende, die zur Lebensqualität als beiträgend empfunden wird;
- b) günstige klimatische Voraussetzungen (seltene Dürreperioden, keine erhöhte Hochwassergefährdung) in Kombination mit regionalen Vorsorgemaßnahmen:

„Und ich find das auch als Lebensqualität, ja, weil auch Vorsorgemaßnahmen in der eigenen Region kommt net immer nur den eigenen Menschen, der eigenen Bevölkerung zugute, sondern schlussendlich auch denen, die mit Zweitwohnsitz oder Urlaub oder Tourismus oder auch auf der Durchreise sind.“ [N4]

- c) das Miteinander in den kleinen Gemeinden, die Freundschaft und Vereine und auch die Bereitschaft der Zuzügler zur Mitwirkung am Gemeinschaftsleben.

(1-II) Welchen Beitrag leisten Energie und/oder Erneuerbare Energien für die Organisationen und die Lebensqualität in der Region?

Der **Energieaufwand** in der Region wird von einigen AkteurInnen als groß eingestuft v.a. im Bereich Verkehr und Mobilität. Die geringe Infrastruktur in peripheren Lagen verursachen eine große Fahrzeugabhängigkeit für jeden Weg, für Familien sind Zweitfahrzeuge meist notwendig. Auch die Preisentwicklung der letzten Jahre waren besonders zu spüren: um sozial Schwächeren unter die Arme zu greifen, wurden in mehreren Gemeinden Heizkostenzuschüsse eingerichtet. Insgesamt wiederum erscheint der Leidensdruck noch nicht groß genug, da die Energieberatung für Einkommensschwache nicht besonders häufig in Anspruch genommen wird.

Das Thema **Erneuerbare Energien** in der Region wird ambivalent wahrgenommen: Für einige der AkteurInnen leisten sie zunehmend höhere Beiträge für die Lebensqualität in der Region, auch aufgrund der persönlichen Wertigkeit:

„[...] andere Nutzung von Energie und neue Energieformen sind für mich persönlich sehr wichtig. Weil ich denke, dass das alles schon greifbar, nicht nur greifbar, sondern in Wirklichkeit auch umsetzbar wäre, würden net wahrscheinlich sehr schwere Herren, sag ich einmal im Geschäft sitzen, und auf die Ölbremse drücken. Weil Alternativenergie ist ja in Wirklichkeit von der Entwicklung nicht mehr das große Thema.“ [N4]

„[...] die Ressourcen, die wir haben, sollten wir unbedingt nutzen, [...]“ [N1]

Für manche hingegen steht die eigene und allgemeine **Bequemlichkeit** im Weg. Die gute Gasversorgung in der Region verursacht weniger Betreuungsaufwand als z.B. Pelletsheizungen.

Bislang hätten auch die Gaspreise „*keine Beschwerden*“ in der Bevölkerung verursacht, daher ist das Energiethema in der Bevölkerung kein Thema und wird auch nicht als einschränkend für die Lebensqualität empfunden. Gleichzeitig werden z.B. den Umstieg auf Erdwärme oder der Anschluss an das Fernwärmeheizwerk als „*persönliche Lebensqualität*“ [N6] empfunden, da der Arbeitsaufwand damit geringer sowie Einsparungen erzielbar sind, und es für viele Mieter „*bequemer*“ und „*auf keinen Fall teurer*“ [N6] ist. Solarkombinationen sind „*für alle Neubauten [...] wirklich interessant*“ [N4], jedoch ist für Umbauten im privaten Bereich der **Kosten-Nutzen-Faktor** nicht wirtschaftlich. Grundsätzlich sei der Einsatz von Erneuerbaren immer als Kosten-Nutzen-Faktor zu sehen, was der ökologischen Verträglichkeit durchaus im Wege stehen kann:

„[...] wenn ich jetzt Kaprun nimm, da hat man ja Riesenwasserturbinen. Wenn man jetzt ein bisschen hineinliest und so Wirtschaftsberichte und analytische Berichte anschaut, und ich kenn die Gegend relativ gut, weiß ich nicht, ob der Zweck den Nutzen erfüllt langfristig? Weil ja wirklich enorm in die Natur eingegriffen wurde und und und, gut dann hab ich damit, sag ich einmal eine andere Energieform, eine bessere gefunden, ob das für die Natur so super war und ob das andere net – also ich glaub, man muss immer beide Seiten abwägen – ich glaub um jeden Preis ist auch nicht gut.“ [N4]

Eine Rolle für die Region spielt neben der Wasserkraft und Nah- und Fernwärme die „*Energie aus Bauernhand*“ [N10]:

„Regional produzierte Pellets werden regionalen Kunden über regionales Marketing und Vertrieb direkt verkauft, das bringt die Ölkessel weg.“ [N10]

Wald-, Säge- und Industriehackgut wird zu Pellets verarbeitet, und einige regionsansässige Industriebetriebe haben „[...] viel Geld in den Betrieb von Biomasseheizwerk gesteckt.“ [N10]. Der Vorteil der Region wird in **forstlicher Biomasse** als Koppelprodukt gesehen, da es bei der normalen Waldbewirtschaftung anfällt. Auch die Ware Brennholz ist ein Markt geworden, was jedoch ökologisch unter Umständen kritisch werden kann:

„Und das ist in der Waldbewirtschaftung, wenn du dir diverse Pflegeeingriffe vorstellst, wo net grad die großartigen Mengen angefallen sind – früher hat man das liegengelassen und die letzten Jahre verwertet man das eben. Das kann man jetzt natürlich ein bisschen kritisch auch sehen, weil natürlich Biomasse oder vielleicht etwas zu viel Biomasse dem Wald oder dem Ökosystem Wald entzogen wird, sprich, da muss man halt mit ein bisschen – mit Augenmaß und mit Gespür noch vorgehen, sagen wir mal. Aber wie gesagt, die energetische Verwertung ist ein großes Thema bei uns und das ist dann in der Waldbewirtschaftung, ja eines der Arbeitsfelder [...]“ [N5-1]

Als kritisch wird hier mangelnder Bedarf in den Abwanderungsgemeinden betrachtet: das Holz muss in die Ballungsräume transportiert werden, und

„[...] wenn halt Erdölprodukte teurer werden, werden Transportkosten teurer, da wird die ganze Biomasse teurer. So wie man früher kalkuliert hat vor 20 Jahren, das kriegt man eh fast gratis, so ist es nicht, [...]“ [N5-1]

Im landwirtschaftlichen Bereich haben die Kurzumtriebsflächen zugenommen. Mithilfe von Förderprogrammen werden landwirtschaftlich nicht genutzte Flächen in andere Nutzungsformen übergeführt. Weitere Berührungspunkte mit Energie werden im Bezirk aber kaum gesehen. Biogasanlagen sind nur ein Randthema, da Getreide- und Maispreise, aber auch Transportkosten gestiegen sind.

In manchen Gemeinden spielen die **Erneuerbaren eine zentrale Rolle**, und es wird von umfangreichen Beiträgen und Aktivitäten im Erneuerbaren Sektor berichtet: das regionale

Energiekonzept, Sonnenkraftwerke und Photovoltaikanlagen auf öffentlichen Gebäuden, Beteiligungsmodelle, Fernheizkraftwerk, der weitläufige Anschluss der öffentlichen Gebäude und von Wohnanlagen, E5-Gemeinde, Kooperationen mit den Energieversorgern, Gemeindeförderungen zur Umstellung auf Erneuerbare und nicht zuletzt die Systemumstellung in den eigenen Organisationen (z.B. von Öl- auf Pelletsheizungen, Umbaumaßnahmen und Verhaltensänderungen der Mitarbeitenden) im Rahmen der ständigen Prozessoptimierung und zur Kostenreduktion.

Für die Region und die Kleinregionen ist Energie eines der wichtigsten und größten Themen in den letzten Jahren gewesen, v.a. im Rahmen der Leader-Aktivitäten und der Klima- und Energiemodellregion.

„[...] wir sind sehr bemüht, also es liegt uns schon am Herzen, wir tun da schon von 3 Seiten, da können wir – wir können natürlich in erster Linie nur auf die Gemeinden zugehen. Von unserer Seite klar, und von der Gemeinden, von dort da müsste halt der Funke – die müssten halt selber was tun und dann auf die Bevölkerung weiterspringen.“ [N9].

Das Weitertragen in die Gemeinden „[...] könnt natürlich auch wesentlich besser sein.“ [N9]. Dort wird das Thema „[...] noch nicht ganz so ernst genommen“ [N9]. Große Würfe sieht man daher noch nicht außer im Bereich Photovoltaik und Dämmmaßnahmen, was mit dem sensiblen Naturraum, speziellen Auflagen und heterogenen Gemeinden in Zusammenhang gebracht wird.

„Aber ich glaub trotzdem in Summe schon, dass wir mit diesem ganzen Energiekonzept und mit diesen Dingen soweit schon jede Gemeinde wachgerüttelt haben, dass das Thema behandelt wird und doch auch immer wieder was gemacht wird.“ [N9]

Derlei **Widersprüchlichkeiten in der Region** fallen auch weiterhin auf: Der Mehrwert der Einrichtung von Energiebeauftragten wird nur teilweise erkannt. Man springt auf das Thema auf mit der Etablierung von Energiegruppen und -stammtischen, die interessante Themen kommunizieren und transportieren. Von vielen Gemeinden hingegen kommt Widerstand in folgender Form:

„Warum muss jetzt, weil's einer sagt, sofort springen und mir das aufs Aug drücken lassen.“ [N9]

Dieser Widerstand wird nicht dem Energiethema zugeschrieben, sondern als „[...] ein bisschen eine Prinzipgeschicht“ interpretiert. Die Führung von kommunalen Energiebeauftragten ist „quasi verpflichtend“, Sanktionen diesbezüglich gibt es jedoch keine. Wirkliche Konsequenzen werden eher dann vermutet,

„[...] wenn'st irgendwo ein Projekt machst und welche Mitteln brauchst, dann wird's wahrscheinlich schon – dann wird's schon eine Rolle spielen.“ [N9]

Die **Bewusstseinsbildung** ist in den letzten Jahren eher „stiefmütterlich“ behandelt worden. Im Rahmen der Klima- und Energiemodellregion und der Kleinregionen werden mittlerweile jedoch Infoabende, kostenlose Energiechecks, Schulprojekte und dergleichen angeboten und auch in Anspruch genommen. Auch Vorzeigeprojekte, wie ein E-Auto für die Volkshilfe (Essen auf Rädern), was zu Beginn nur schwer durchsetzbar war, stößt mittlerweile auf Akzeptanz und löst Echo aus. Die Einführung von City-Taxigutscheinen (Gemeindezuschüsse von 1,50 € für eine 5€-Fahrt) hat eine erfreuliche Eigendynamik gezeigt: unter PensionistInnen werden vermehrt Fahrgemeinschaften gegründet, um Gutscheine einsparen zu können. Das Echo aus Peripheriegemeinden ist eher „enden wollend“, die schlechte Erreichbarkeit schränkt die Möglichkeiten ein. Eine Multiplikation wird jedoch über die Schulprojekte und das Vereinsleben erreicht.

Die widersprüchliche Haltung zum Thema Erneuerbare Energie widerspiegelt sich auch außerhalb der Wahrnehmung der Regionsverantwortlichen. Für manche der InterviewpartnerInnen aus anderen Bereichen spielt **Erneuerbare Energie** in der Region **keine wahrnehmbare Rolle** und Bemühungen um einen Umstieg sind nicht bekannt:

„[...] spielt [...] praktisch gar keine Rolle bis jetzt, weil man sich nicht einigen konnte, und das Thema ist für mich ein Reizthema, [...]“ [N2]

„Es war ein Fehler, dass die OMV so lange nicht auf Solar und Alternativenergienforschung übergegangen ist, aber von der Region her ist mir nichts bekannt, dass da Bemühungen wären besonderer Art, auf Alternativenergie umzusteigen. Bekannt ist mir nichts.“ [N7]

Vorkehrungen und Investitionen zur Errichtung von Solaranlagen und Verbesserung der Wärmedämmung in der eigenen Organisation scheitern an der Finanzierung der zuständigen Stellen beim Bund. An anderer Stelle wird das Fernheizkraftwerk als „veraltet“ und die Bereitwilligkeit für innovative Ansätze als nicht vorhanden beschrieben (wie z.B. die Verwendung der Abwässer der Kläranlagen oder Einsatz von Algen).

Die Form der Energie sei über Förderungen reguliert und geregelt. Im Wein- und Waldviertel sei die Beratung mit der Förderung gekoppelt, daher gibt es dort deutlich mehr Energieberater. Im Bereich der Sonne und Solarthermie sei die Region NÖ-Süd „Schlusslicht in NÖ“, bezogen auf den Einwohner, „[...] weil die ansässigen Firmen zu wenig pushen, es gibt kaum Vertrieber.“ [N10] Besonders hemmend für den Betrieb von PV-Anlagen erscheinen die Sachverständigen der Baubehörde. In Niederösterreich sei die Bauregelung am häufigsten liberalisiert worden, die OIB-Richtlinie (Bauproduktenrichtlinie) sei allerdings noch nicht umgesetzt worden.

(1-III) Welche Hoffnungen und Chancen sehen Sie für die Region?

Umdenken: Stärkung des Bewusstseins und Überwindung der Bequemlichkeit

Als großes Ziel wird gesehen, das **regionale Bewusstsein**, das bei vielen Leuten noch vermisst wird, zu **stärken**. Ein Umdenken ist im Grunde schon im Gange:

„Ja, ich denke schon, weil du merkst, dass bei diesen Dingen bei die Leute ein Umdenken stattfindet. Und das Thema ernster genommen wird, eben auch auf politischer Ebene. Weil wenn ich ehrlich bin, jetzt sitz ich schon seit 14 Jahren im Gemeinderat, es hat zwar immer einen Umweltgemeinderat geben, aber ich habe meinen ersten Umweltgemeinderat, ich kann mich erinnern, im, ja – wir haben einmal eine Bachsäuberung gemacht im Jahr - und aus. Also das ist eigentlich die Hoffnung, die ich habe, weil du kannst sicher gute Aktionen machen, aber wenn's die Leute nicht annehmen, nutzt es dir nicht.“ [N6]

Grundsätzlich wird das Energiethema als ein weltweites Thema gesehen, das auch global zu lösen ist, aber gleichzeitig muss man von unten beginnen und bottom-up den Kontakt zur Bevölkerung und die Aufklärungsmöglichkeiten nutzen. Damit gekoppelt erscheint die **Überwindung der Bequemlichkeit** auf individueller Basis:

„[...] die Leute wohnen im Umkreis von 5 km, im näheren Umkreis, und jeder fährt zu einer Dienstbesprechung mit dem Auto oder zur Übung. Da tät's ein Radl auch“ [N1]

Engagement und Interesse der Gemeindeverantwortlichen wird ebenfalls erhofft, und „dass der Funke von Leader auf die Gemeinden und von dort auf die Bevölkerung überspringt“ [N9]. Dazu erscheint erforderlich, dass die Klima- und Energiemodellregion bestehen bleibt und der KEM-Manager weiterarbeitet:

„Der macht gute Arbeit, hat viele Programme, geht in die Schulen. Aber auch er hat zu wenig Kontakt zu den Gemeinden. Da sind uns die von der Dorferneuerung voraus, die sind besser

verankert und präsenter. Die Konzepte der KEM sind zu multiplizieren, über Kinder müssen und können die Großeltern und Eltern erreicht werden.“ [N10]

Transportwege kurz halten und den öffentlichen Verkehr stärken

Weiters geschätzt wird die **Direktvermarktung** im Bezirk und dass bei den Landwirten frisches Fleisch, Eier und Gemüse bezogen werden können. Initiativen wie „Wie schmeckt die Region“ mit regionalen Produkten in den Handelsunternehmen seien zu fördern, obwohl gleichzeitig die lokalen Greißler noch eher zu fördern wären aus zwei Gründen: Zum einen werden die Verpackungspraktiken der Großhändler nicht gut geheißen und zum zweiten sei es wichtig auf kurze Strecken zu achten. Die Transportwege kurz zu halten, wird auch von anderer Seite vorgeschlagen, was über kleinstrukturierte Anlagen zu erreichen ist.

„Na ja schau. Das wichtigste, was ich glaub, sind kleinstrukturierte regionale Anlagen. Sprich Transportwege relativ kurz zu halten, weil nichts Schlimmeres, wenn man hohe Transportkapazitäten und hohe Transportkosten hat.“ [N5]

Im Bereich der **Mobilität** erhofft man sich auch, dass die Fahrpläne der öffentlichen Verkehrsmittel, insbesondere der regionalen Buslinie, verbessert werden:

„Na es wird schon, also ich glaub schon, also die Firma Retter, die ist gleich neben uns, die hat ja diese Postbus AG übernommen, die ist schon sehr interessiert, diesen Fahrplan auf den Linien, die auch angenommen werden, so zu setzen, dass er Sinn macht, und dass er angenommen wird. Man sieht ja auch mit diesem Semmeringtunnelprojekt, dass auch die ÖBB was tun.“ [N4]

Soziale Anliegen

Für den Sozialbereich wünscht man sich günstigere Pelletsheizungen, auch wenn diese (noch) nicht die sicherste ist. Hinterfragt werden dabei die teuren Holzpreise in einer Gegend mit derart hohem Waldanteil bzw. wird der Gedanke weitergesponnen und zur Altholzbergung ein sozialer Ansatz vorgeschlagen:

„Und es sind auch die Pellets sehr teuer geworden. In dem Moment, wo die Nachfrage da war, und ich kann Ihnen eines sagen, wenn ich mir vorstelle, dass wir eine Gegend haben, wo eigentlich 60% bewaldet ist, dass da das Holz so teuer sein muss? Da könnte man z.B. das gesamte Altholz aus den Wäldern entfernen und da könnte man genauso gut die Leute einsetzen, die keine Arbeit haben, die könnten das durchforsten. Aber das wollen die Bauern wieder nicht, weil die Bauern sagen, ich lass da keinen rein in den Wald, weil da ist die Gier wieder zu groß, weil das könnte man ja selber verwerten, oder das tun wir selber. Und an dem scheitert es. Die Wurzelsünde ist ja wirklich die Gier. Ich sag's so, wie es ist und ich rede so, wie mir der Schnabel gewachsen ist. Es hat sonst keinen Sinn, weil wir möchten ein authentisches Bild haben“ [N2]

Förderungen: Klare Akzente von der politischen Seite

Zum Thema **Förderung** erhofft man sich vom Land NÖ die Einführung von Modellen zur Unterstützung der Betreiber. Gleichzeitig seien „[...] Förderungen und Bauordnungen so [zu] novellieren, dass Veränderungen sinnvoll sind und Standards eingehalten werden, [...]“ [N6]. Die Einführung von Staffelungen werden als sinnvoll erachtet. Die Förderungen für Sanierungen möchte man gerne erhöht sehen, wobei auch die Privaten und Gewerbebetriebe anzusprechen

sind, da ja nicht nur Gemeindegebäude zu sanieren sind. Verständnis dafür, dass die Förderschwerpunkte immer noch beim Tourismus liegen, hat man nicht:

„Die 100.000, die in den Tourismus fließen, kann man sich voll schenken. Ich weiß nicht, wer da immer auf die Idee kommt, das ist völlig hirnrissig. Bei Eco und bei Nachhaltigkeit sind wir weit davon entfernt.“ [N10]

Darüber hinaus versteht man die Motive und Beweggründe, die hinter den Förderausschreibungen stehen, nur bedingt und klagt über Undurchsichtigkeit:

„Und man sieht ja auch, dass sich was tut, zuerst wird das Solar gefördert, es ist ja nicht so, dass nichts gemacht wird, nur manche Dinge sind langfristig sehr undurchsichtig oder werden viel zu früh wieder aufgegeben. Weil wenn ich mir jetzt anschau, Photovoltaik, war ja der große Renner, und jetzt stellen sie die Förderungen ein! Warum grad jetzt? Weil zu viel schon haben!

Also net? Das versteh ich – das kann ich net ganz nachvollziehen, aber bitte. Versteh ich nicht ganz.“ [N4]

Auch um der Glücksspielsituation in den Förderverfahren zu entkommen, seien zur Planung „langfristige Konzepte“ bei Förderungen notwendig, was „klare Akzente“ von Seiten der Politik erfordert:

„Na ja, ich mein, eines wär natürlich wichtig, dass man – ich würd mir wünschen, da red ich jetzt nur in erster Linie als Regionsvertreter und natürlich auch als Bürgermeister von einer kleinen, ich glaub es müssten von der politischen Seite einmal ganz klare Akzente gesetzt werden auch mit Förderungen und da ein bisschen langfristige Konzepte.

[...] das ist ja schon wie ein Glücksspiel, dass ich da zu einem geförderten Einspeisestarif komm, muss ich irgendwo vor einem Computer sitzen und zur richtigen Zeit draufklicken oder wie auch immer, ich glaub das sind Sachen, die was nicht geeignet sind, irgendwas zu planen, sag ich einmal, weil was soll ich – da tut man sich einfach ganz schwer, wobei ich schon sag, man soll auch nicht alles von Förderungen abhängig machen. Weil wenn man da einen Weg gehen soll und das passt, dann soll ich vielleicht auch unter Umständen auch ohne Förderungen gehen. [N9]

Ressourcen aus der Region und technologische Aspekte

Insgesamt setzt man auf „proaktive regionale Entwicklungen“ und die Nutzung regionaler Ressourcen („materielle Ressourcen und Arbeitskräfte“ [N10]). Als Beispiel dafür genannt wird die Verwertung von Sägerestprodukten aus der Region, um sie auch in der Region zu verbrauchen. Auch die Sonne wird als „Thema für jede Gemeinde“ betrachtet, was „über die ganze Region“ [N9] gespielt werden kann. Technologisch erhofft man sich Fortschritte in der Entwicklung von GeoSol und Speicherkörpern in der Erde für Sonnenkollektoren. Was den derzeitigen Stand der LED-Technologie betrifft, beklagt man aggressive Anbieter. Als hilfreich dafür werden „fachliche Unterstützung und Expertenberatung“ genannt, „[...] um herauszufiltern, was wirklich vernünftig ist.“ [N9]

Weitere Investitionen in das Energiethema werden als wichtig und notwendig erachtet, als Basis dazu könnte das regionale Energiekonzept mit Zielen bis 2020 dienen, wovon noch vieles umgesetzt werden kann. Auch die Effizienzsteigerung hat noch hohes Potenzial, zumal bisher von insgesamt 34 Gemeinden nur von 5 entsprechende Daten vorliegen. Die Hoffnung liegt darin, dass sich das Interesse der Gemeinden dafür erhöht.

Thema 2: Energiekrise – Risiken und Wahrnehmung

(2-I) Gehen Erdöl und -gas zur Neige?

Auch zur Frage der Verfügbarkeit fossiler Rohstoffe (Erdöl, Erdgas) herrscht Ambivalenz in der Region, wobei sich vier Meinungsstränge abzeichnen:

(1) Einer der Gedankenansätze ist, die Einschätzung der Ressourcenfrage ExpertInnen zu überlassen:

„Ob ich das für realistisch halt, weiß ich nicht, weil da gibt's gescheiterte Leute, die das wissen müssten – ja, wie's dann weiter geht, ist sicher eine spannende und interessante Frage.“ [N1]

„Da haben sie neue – da haben sie Verfahren verbessert, um das voraus zu sehen mit dem Erdgas. [N5-1]

(2) Manche der InterviewpartnerInnen machen sich um die Versorgungssicherheit in den nächsten zwei bis drei Generationen keinerlei Sorgen. Krisen und Verknappungsszenarien werden wirtschaftlicher Steuerung und Dramatisierung zugeschrieben bzw. als nicht realistisch eingestuft:

„Nein. Ich halt das nicht für realistisch. Nein. Also ich glaub, solange wir leben, wird es genug Erdöl oder Erdgas geben.“ [N5-2]

„Pass auf, dass das ein fester Blödsinn ist, weil ich kann Ihnen eines sagen, dass die Weltwirtschaftskrise 2008 künstlich hergestellt wurde, indem die ganzen Supertanker herumgefahren sind und die haben den Preis dann künstlich hochgetrieben. Das wird sehr dramatisiert mit der Erdöl und Erdgas – wir werden da massivst belogen. Das stimmt absolut net. Weil ich war 30 Jahre in Russland unterwegs und wenn ich mir vorstelle, dass in Kasachstan die größten Erdöllagerstätten sind, die man noch angegeznt hat, weil es ein bisschen schwierig ist, das raufzuholen, das stimmt schon, und dass in Aserbaidschan, dass da nämlich auch große Verträge gemacht worden sind von den Konzernen zwischen Chevron, Exxon und wie sie alle heißen und dass alles gesteuert war, nur um den Preis künstlich hoch zu halten. Also ich mach mir keine Sorgen, dass die nächsten 2-3 Generationen mit Erdöl, Erdgas nicht auskommen.“ [N2]

Kurzfristig befürchtet man keinerlei Einschränkungen, und für längerfristiges Risikos glaubt man an technologische Patentlösungen, die in den Schubladen der Industrien ruhen. Partiiell tauchen auch Widersprüche im Gedankengang auf: Zwar hält man das Szenario für unrealistisch, gleichzeitig wird die fossile Unabhängigkeit als überzeugt erstrebenswert betrachtet, da Begrenzungen drohen:

„Ich halt das nicht für realistisch. Ich halt das nicht für realistisch. Ich glaub, dass das, dass das Szenario nicht geben wird, wobei ich schon – wobei ich schon sehr wohl der Meinung bin, dass man dringendst dran arbeiten soll, dass man sich von dem Thema abzukapseln, dass man darauf nicht angewiesen ist, weil ich schon glaub, irgendwo wird's einmal begrenzt sein. Also ich seh das nicht so extrem kurzfristig, aber langfristig ist das sehr wohl möglich. Und da glaub ich, sollte man mit Nachdruck dran arbeiten, dass man Alternativen finden, die was akzeptiert sind, die was leistbar sind. Und dass man immer mehr von dem wegekomm.“ [N9].

(3) Demgegenüber stehen AkteurInnen, die das Risiko einer Ressourcenverknappung als sehr realistisch und schon lange bekannt betrachten:

„Das halt ich für sehr realistisch. Das hat ja der Club of Rome 1967 oder 77 schon festgestellt, dass die Energiereserven zur Neige gehen. Das wird wahrscheinlich nur mehr über Schieferöl gehen, und es wird zu teuer sein.“ [N7]

„Das ist sicher, das Risiko ist sehr vorhanden. Man weiß auch ganz genau, dass die Ressourcen nicht unerschöpflich sind, sondern dass es irgendwann einmal aus ist. Und ich seh da auch wirklich, wie ich es vorhin schon gesagt habe, eine große Gefahr darin. Aber mit dem Thema setzen sich eh schon – das weiß man ja eh nicht erst seit heute, dass das einmal

„eintreten wird. Das wär eh schon gegangen, diese Windkraftanlagen, die Alternativenergie zu forcieren.“ [N3]

(4) Eine weitere Gruppe kritisiert, dass die Ressourcenerschöpfung schon lange breitgetreten wird, diverse Vorhersagen jedoch nicht eingetroffen sind:

„Der Club of Rome hat das in den 60iger Jahren gesagt, das hat aber nicht gestimmt.“ [N5-2]

Das wird daher als hinderlich für gesellschaftliche Änderungen und ein Umdenken betrachtet. Bisherige Preissteigerungen waren zu wenig, „dass man sich ernsthaft Gedanken hätte machen müssen“ [N8]. Akute Versorgungsmängel würde man sogar begrüßen, um von einer „zentralen Welt“ wieder in Richtung „dezentral“ zu denken bei Ernährung und bei Energie bzw. um Veränderungen in Gang zu setzen:

„Ich würde sofort in die Hände klatschen! Obwohl ich selber natürlich auch mit dem Auto fahr.“ [N10]

„Ich glaub, das Grundproblem ist, dass da schon lang darüber geredet wird und nichts Erkennbares passiert ist.“

[...] es ist für mich persönlich die einzig Chance, dass sich was tut, ist dass tatsächlich eine rasche Veränderung kommt. Alles andere, wenn man jetzt in 30 Jahren, oder wenn man die Erdölkrise – das ist 40 Jahre her. Und wir haben bedingt davon gelernt.“ [N8]

(2-II) Erdölverknappung: Welche Risiken und Sorgen sehen Sie für die Organisation und Region?

Risiken | Sorgen | Bedenken

Das Nachdenken über die Risiken einer möglichen Energiekrise für die Region löst unterschiedliche Denkansätze aus, wobei der Großteil der InterviewpartnerInnen in fokussierten Blickwinkeln verweilt. Einzelne merken an, darüber noch nicht wirklich nachgedacht zu haben:

„Ehrlich gesagt, da hab ich mir noch nie Gedanken gemacht. Über das.“ [N5-2]

bzw. geben eine gewisse Gleichgültigkeit aufgrund mangelnder Entscheidungskompetenzen und Einflussmöglichkeiten innerhalb der organisationalen Rahmenbedingungen zu:

„[...] ist nicht mein Problem! [...], ist mir völlig egal! Natürlich. Hätt ich Einflussmöglichkeiten, würd ich's anders machen! Wir haben ja riesige Dachflächen! Wir könnten wirklich selbstversorgerisch tätig sein! Müssten wir nur vorher das Dach sanieren. Und an dem scheiterst! [N7].“

Eine radikale Krise wird mit einer globalen Krise in Zusammenhang gebracht, die sich nicht auf die Region beschränken würde: „Das tät weltweit alle treffen.“ [N1]

Als ein Risiko im globalen Zusammenhang gilt, dass nur aufgrund „eines riesigen Lobbyismus zugunsten der KFZ- und Erdölindustrie“ alle Erdölprodukte „gehalten werden“ [N7]. Der Einfluss der Öl- und Gasbranche wird als hemmend für umweltfreundlichere Techniken bzw. für einen umweltfreundlicheren Energieverbrauch, wo es „wahrscheinlich schon Möglichkeiten gäbe [...]“ [N6], gesehen.

Wesentliche **Auswirkungen** werden für **Industriestandorte** vermutet und in Form von Arbeitslosigkeit befürchtet. Die **Stabilität** der wirtschaftlichen Standorte in den Kleinregionen wird stark angezweifelt, da die Wettbewerbsfähigkeit gefährdet ist. Abbau und Absiedelungen könnten Reaktionen sein, was auch davon abhängen wird, wie sehr der Strompreis betroffen wäre, da viele

Firmen stark strompreisabhängig sind. Als ein Grundproblem wird die **fehlende Vorbereitung in den Betrieben und Unternehmen** betrachtet:

„[...] also die Vorbereitung, die theoretische, so eine Art Notfallplan in fast keiner Firma vorhanden ist. Kann ich mir fast nicht vorstellen, also weil so viele andere Sachen grad mehr Relevanz haben, dass das hintangestellt wird. Und man sieht's auch teilweise, dass eben in den obersten Management-Ebenen das Thema wirklich keines ist. Weil die ja kurzfristig denken müssen, kurzfristig optimieren und net langfristig denken und eh wissen, in 2, 3 Jahren sind sie weg, der Posten. Das ist so wie in der Politik halt.“ [N8]

Generell problematisch erscheint, dass „[...] sich da viele Leute keine Gedanken gemacht haben bis jetzt“ [N8], wodurch viele „nicht darauf vorbereitet“ sind, um schnell reagieren zu können. Grundsätzlich würde so ein Szenario weite Kreise ziehen:

„Ich hab keine Ahnung, was das heißt. Gibt es dann noch Medikamente? Kann man noch was kaufen? [...]“

Das ist dann schon ein echtes Chaos, da gibt's keinen Spar, keine Autos, keine LKW's – das ist ein kleiner Weltuntergang.“ [N10]

„Na, wenn das wirklich kommt, wär's total problematisch. Sag ich einmal, weil wir im Endeffekt auf das absolut nicht vorbereitet sind. Das wär für mich eine total arge Geschichte, muss ich sagen und tät uns wirklich arg treffen.“ [N9]

Dabei spinnt man den Faden vom Heizen (wobei „mit Holzalternativen, das funktioniert ja schon“ [N9]) bis zum Verkehr:

„[...] weil ich ich denk einmal jetzt einmal nicht nur privat aber das ist ein so ein Beispiel, warum passiert nichts im im Öffentlichen Verkehr?“ [N9]

Für die **Land- und Forstwirtschaft** würde es „heikel“, da sie hoch technisiert sind. Eine Rückkehr zu den Pferden erscheint unrealistisch, als eher wahrscheinlich nimmt man an, dass Traktoren und LKW's zur Versorgung weiter im Einsatz bleiben und Privatfahrten eingeschränkt werden müssten.

Auch die **Blaulichorganisationen** wären massiv betroffen. Eine Rückkehr zu Pferdekutschen erscheint hier ebenso unrealistisch wie die Einsatzbewältigung über E-Autos.

Zusätzlich wird auch ein „**soziales Problem**“ gesehen: sozial Schwächere wären sehr stark betroffen, da eine kurzfristige Adaptierung mit Alternativen mit enormen Kosten verbunden wäre.

„[...] d.h. die Schere zwischen arm und reich klafft natürlich in kürzester Zeit noch viel mehr auseinander. Der Reiche spürt's vielleicht gar nicht, der hat dann seinen SUV und dann steigt er halt um auf seinen Hybrid und die Geschichte ist erledigt. Und der Arme, der mit seinem Toyota Corolla 95iger Baujahr, der hat ein Pech gehabt. Ich glaub, das ist überhaupt ein Grundproblem, dass, je schneller Energiepreise steigen, desto schneller wird auch diese Schere zwischen arm und reich steigen.“ [N8]

Wo die Abhängigkeiten jetzt schon geringer sind (z.B. durch das Heizen mit Holz), werden allerdings kleinregional Puffer gesehen. Ob die Solidarität letztlich wirklich funktioniert, wird aber angezweifelt, Mord- und Totschlag werden nicht ausgeschlossen, sollte ein Spritverteilungssystem einzurichten sein.

Im Großen und Ganzen erscheint den InterviewpartnerInnen das Andenken eines Szenarios und dessen Einschätzung schwierig, auch ob Auswirkungen für städtische oder eher ländliche Bereiche massiver wären. Die kürzeren Wege in der Stadt werden als Vorteil betrachtet, gleichzeitig sind am Land „die Leut doch noch ein bisschen selbständiger und haben Alternativen und probieren irgendwas zu machen“ [N9].

In den Gemeinden selbst werden mangelnde finanzielle Mittel, die ein rechtzeitiges Umrüsten behindern, als Risiko gesehen:

„Und da seh ich natürlich grad auch in einer Gemeinde große Gefahr, nicht? Weil wenn man sagt, man soll das und das machen oder umbauen usw., es hat nicht jeder die finanziellen Möglichkeiten, das ist auch seitens der Gemeinde. Ich meine, wir wissen ganz genau, dass wir das eine oder andere Objekt irgendwo energietechnisch ein Wahnsinn ist, nicht, und ja, wir wissen das, aber es sind die finanziellen Mittel einfach nicht vorhanden, dass wir das von heut auf morgen irgendwo sofort verändern könnten.“ [N3]

Gleichzeitig nehmen die Gemeinden ihre Verantwortung wahr, indem sie eine „Vorreiterrolle einnehmen“ und über Biomasseprojekte, Fernwärmeheizwerke oder Einsatz von Elektroautos eine Vorbildfunktion erfüllen (wollen). Auch wird die Einladung zum aktuellen Interview und den Projektaktivitäten von „Resilienz Österreich“ als Anstoß genommen, das Thema in die Krisenmanagementaktivitäten zu integrieren:

„Wir sind jetzt grad dabei, unseren Krisenmanagementplan dann irgendwie aufzu... - wir werden das aber sicherlich aufnehmen. Zur Zeit haben wir natürlich nur, jetzt grad im Hinblick auf irgendwie große Katastrophen wie Hochwasser und Erdbeben – aber wir werden das sicherlich aufnehmen, und das war sicherlich irgendwie so ein Gedankenanstoß, wie Sie mich angerufen haben, hab ich mir gedacht, das ist sicherlich irgendwie so eine Notwendigkeit, dass man da auch dann irgendwie eingreift.“ [N3]

Der Energiewende selbst schreibt man keine große Geschwindigkeit zu („Also diese Energiewende wird sehr langsam gehen.“ [N5-2], wobei

„[...] die ganzen Lobbys werden sich da schon ein Scherzertl runterschneiden und sehr gut verdienen an der ganzen Krise glaub ich, oder an der potenziellen Krise.“ [N5-2]

Gemeint ist damit v.a. die Autoindustrie, aber auch andere Branchen, die die Energiewende nur bedingt unterstützen.

„Man ist heut sicherlich in der Lage, Autos anders herzustellen, Autos anders zu betreiben, Elektrizität anders zu betreiben, das ist nur einfach, dass die Umsatzrendite ausgeschöpft werden.“ [N7]

Lösungsansätze, Perspektiven und Chancen

Insbesondere die mehrfach angesprochenen sozialen Risiken werden auch als Chance betrachtet: In der Geschwindigkeit steigenden Energiepreisen wird zwar das Grundproblem gesehen, da die Schere zwischen arm und reich mit steigen wird. Wobei

„[...] das wahrscheinlich doch die größere Chance ist, teilweise, weil grad diese schwachen Schichten und die bildungsfernen usw. sehr schnell reagieren müssen. Das kommt halt drauf an, wer vorbereitet ist. D.h. wenn da abgefedert wird, irgendwo von der öffentlichen Seite, im Sinne von kurzfristig abfedern oder Investitionen gefördert werden oder ähnliches, dann kann ich es mir schon vorstellen.“ [N8]

Einer der InterviewpartnerInnen ist der Meinung, dass die Region so weit wäre, auch jetzt schon ohne Fossile auszukommen: „Ein Drittel, noch weniger als die Hälfte, kann man mit Erneuerbaren abdecken.“ [N10]. Mittelfristig (in 10 bis 15 Jahren) ist man überzeugt, dass genügend Dynamik vorhanden wäre, um eine Öl- bzw. Energiekrise besser zu überstehen. Auch gäbe es bei den regionalen Unternehmen Eigentümer mit „Weitblick“, die „immer wieder drüber nachdenken“ und Investitionen eher tätigen, „[...] als wie jetzt o.k. ich muss wieder in 1, 2 Jahren das Geld wieder in die Hand nehmen, wenn das irgendwie Aktiengesellschaften oder so sind.“ [N8]

Grundsätzlich wird das große Problem im Verbrauch gesehen, der immer noch viel zu hoch sei. Schwerpunkt sei und bleibt daher die Effizienz. Damit sei auf die Gemeinden einzuwirken, dass „zumindest die Gemeindegebäude effizienter werden“ [N10]. Auch in der letzten Zeit schon haben „Technologien in der gleichen Geschwindigkeit“ (wie der Verbrauch gestiegen ist) eine Effizienzsteigerung gebracht. Das erscheint auch wiederum kontraproduktiv:

„Wenn das Auto jetzt halb so viel verbraucht wie früher und der Benzin doppelt so viel kostet, ist der Schmerz ertragbar. Wenn sich das in 1, 2, 3 Jahren ändern würde, würde sich da wahrscheinlich schneller was ändern. Also es muss der Schmerz einfach da sein. Sonst seh ich da eh nicht so viele Möglichkeiten.“ [N8]

Damit verbleibt die Hoffnung, dass eine gewisse Regelung der Nachfrage über den Preis eintritt.

„Um das wertvolle Gut des Öls zu schonen und dort einzusetzen, wo man es brauchen kann,“ [N1] sei letztlich auch die gesellschaftliche Bequemlichkeit zu überwinden. Für die Umstellung seien noch Möglichkeiten zu finden, die auch finanziert werden müssen, aber:

„Ich sag, die Menschheit hat sich weiterentwickelt und auch das wird man schaffen.“ [N1]

(2-III) Ist das Thema Energie eine mögliche Ursache für gesellschaftliche und wirtschaftliche Krisen?

Dass Energiekrisen Wirtschaftskrisen nach sich ziehen, glauben viele der AkteurInnen der Region:

„Ist eigentlich das Hauptthema. Weil Wasser haben wir eh genug. Und damit wird Energie potenziell krisenverursachend sein. Es fängt an, dass Produkte teurer werden, Standorte nicht mehr wettbewerbsfähig sind, Leute ihren Job verlieren, sich die Energie nicht leisten können, die sie bis jetzt verbraucht haben.“ [N9]

V.a. die Produktbranchen, die Öl als Grundlage haben, „die werden das natürlich früher spüren als andere“ [N1]. Auch die Industriestandorte wird es stärker treffen, v.a. wenn sie unvorbereitet sind.

„Das wird sicher, eine Wirtschaftskrise wird das sicherlich ergeben. Also das ist halt jetzt meine Meinung. Ich könnt mir vorstellen – man hat das ja eh alles schon gehabt! Wenn ich damals denke, dass in den 70iger Jahren, wie da diese Ölkrise das erste Mal aufgetreten ist, das hat dann gleich wahnsinnige Auswirkungen gehabt. Man weiß ja, dass die größten Energieverbraucher die Wirtschaft ist, nicht.“ [N3]

Zum Teil werden die Wirtschaftskrisen und die Trends der letzten Jahre in unmittelbaren Zusammenhang mit Energiekrisen gebracht, die jetzt schon, wenn auch unerkannt, im Gange seien.

„Weil im Endeffekt – na ja im Endeffekt sprechen wir – diese Grundversorgung mit Erdöl und Erdgas eigentlich sich zu Ende neigen, oder rar werden, zumindest zeigt man's am Preis, und auf der zweiten Seite hat man nicht das Standing in der, in der Politik und auch nicht in der Wirtschaft, eine Trendwende leistbar möglich zu machen! Weil die Trends gibt's ja und es gibt auch die Möglichkeiten. Nur ich denk mir halt, man sollt sich's leisten auch können. [...] Ich denk, dass das – für mich ist das der Hauptgrund, weil ich glaub die Trends – dass wir uns in

einer nicht erkannten Energiekrise schon lang befinden, ist meine möglich – meine Meinung.“
[N4]

Ein/e andere/r InterviewpartnerIn sieht Energie- und Wirtschaftskrisen eher „*unabhängig voneinander*“ [N7] und als „*zwei Wellen, die da aufeinandertreffen*“ [N7] und sich gegenseitig aufschaukeln, da

„[...] in den 80iger Jahren meine Klienten darauf hingewiesen, dass es ca. in den 80iger Jahren, Ende der 80iger Jahre, Mitte der 90iger Jahren Unternehmenskrisen geben wird, die übergehen werden – wenn man Literatur gelesen hat, wirtschaftliche Literatur, hat man das ja gewusst, das ist ja Blödsinn, dass das nicht gewusst wurde – hat man gewusst, dass aus den Unternehmenskrisen Bankenkrisen werden und aus den Bankenkrisen Staatskrisen werden. Ich bin auch der Meinung, dass die wirkliche Staatskrise noch gar nicht da war – was jetzt mit Griechenland, oder Cypern oder ähnlichem passiert, wird sicherlich weitergehen, ausgehend von den USA. Weil den USA geht's in Wirklichkeit viel schlechter.“ [N7]

Global betrachtet kann „*durchaus kriegerisches Konfliktpotenzial zum Vorschein kommen*“ [N6], v.a. in Anbetracht der Örtlichkeit der Erdölvorkommen (genannt dabei werden Norwegen, Russland, China und seine Inseln, von einer anderen Seite auch die afrikanischen Staaten), und wenn es um „*die Wurscht geht*“, ist vorstellbar, dass es „*kracht*“.

Des Weiteren wird die soziale Unverträglichkeit der Wirtschaft als potenziell krisenverursachend angenommen:

„Die Wirtschaft steht einer sozial verträglichen Gesellschaft entgegen. Die wird nicht funktionieren. Wir leben in einer Neidgesellschaft. Wenn's eng wird, wird sich die Gesellschaft so was von fest in die Goschn haun, dann werden wir vielleicht keine Wirtschaft haben, aber v.a. keinen sozial verträglichen Wandel. Den Wandel wird's nicht geben.“ [N10]

Akute soziale Konflikte im Zusammenhang mit Energiekrisen werden daher nicht ausgeschlossen. Man nimmt sogar den Ausbruch der Anarchie an, was jedoch „*gar nicht richtig*“ vorstellbar ist. Wie die Bevölkerung auf massive Versorgungsengpässe reagieren würde, sei auch nicht abschätzbar. Unter „*negativen Auswirkungen*“ werden mangelnde Stabilität, massive Beeinträchtigung des Lebensstandards, politisches Erdbeben und Aufwecken von Aggressionen verstanden. Die Schere gehe immer weiter auseinander und enthalte entsprechenden Brennstoff. Die fehlende Leistbarkeit wird auf jeden Fall als eines der Hauptmotive für Konflikte gesehen, andere Motive seien in der ungerechten Behandlung und in der gefühlten Preissteuerung angesiedelt.

„Ich kann's jetzt gar nicht sagen, aber es kann natürlich in die Richtung gehen, wie schaut's mit Nahrungsmittel aus, werden die teurer, also das ist ja auch gar nicht mal so irrelevant, wenn das Mehl doppelt so teuer ist, das sind wieder genau diese einkommensschwachen nicht vorbereiteten Zielgruppen, die's dann trifft. Ja das ist eh mein - ich habe ja meine Schwerpunkt im September, einkommensschwache Gruppen, das ist glaub ich überhaupt die, auf die man sich am ehesten stürzen müsste, um möglichen Konflikten vorzubeugen, weil das sind dann die, die es trifft, die auch nicht verstehen, warum es sie trifft, und die auch einen Schuldigen suchen, [...]“ [N8]

Thema 3: Bewältigung von Krisen

(3-1) Gab es in der Gemeinschaft, in der Sie leben, schon bedrohliche oder krisenhafte Entwicklungen?

Wirtschaftliche und finanzielle Nöte und demografische Folgen

Der Niedergang der Stahlindustrie in den 1980iger Jahren war in der ganzen Region als krisenhafte Entwicklung stark spürbar gewesen. Daran erinnern sich auch die Generationen, die damals noch im Kindesalter waren. Die gefolgte Abwanderung wird durch die Statistik belegt. Diese Krise wurde zwar bewältigt, aber „*Ich weiß nicht, was da welche Rolle gespielt hat*“ [N10]. Was heute jedoch noch mehr zu spüren sei, auch in den Gemeinden, sei die Wirtschaftskrise von 2008. Das hat v.a. allem Auswirkungen, wenn es um Innovationen und das Thema Energie geht.

„[...] merkt man immer, dass vom vom von der Idee her alle beinand sind. Und sobald es ums Geld geht, alle einen Rückzieher machen. Und das hat für mich die Wirtschaftskrise dort ausgelöst. Und ist auch ursprünglich, net ursprünglich sondern ist auch eine direkte Auswirkung auf die Gemeinden. Dass da wirklich vieles stoppt. Man wäre früher viel leichter zu gewissen Projekten bereit gewesen, und jetzt, sobald du eine Investition hast, wird einmal zurück – auch wenn man mit großer Wahrscheinlichkeit sagen kann, das ist nachhaltig, das rechnet sich, das passt wird aber trotzdem – und das ist die Auswirkung von der Krise.“ [N9]

In den Gemeinden spürbar seien auch die demografischen Veränderungen. So manche Wirtshäuser sperren zu, und die Jugend ist aus der Peripherie schon verschwunden. Die demografische Entwicklung sei teilweise durchaus bedenklich. Merkbar sei dies v.a. durch den Schülerrückgang, wodurch die Klassenzahlen kleiner werden und die Budgets sinken.

„[...] ob eine Schule sperrt oder nicht, wird – das ist eine regionale Frage, die vom Landesschulrat mit den Bürgermeistern der Region usw. usf. zu besprechen sein wird unter Einbeziehung des Unterrichtsministeriums.“ [N7]

Kritisiert wird, dass sich die Gemeinden damit nicht auseinandersetzen:

„Das wollen viele Gemeinden nicht wahrhaben. Das geht aus dem Demografiecheck gut hervor. Was machen sie dann? Wenn dann keine jungen Leute mehr da sind?“ [N10]

Diejenigen, die in der Region keine Arbeit finden, gehen in der Stadt, was sehr stark mit den Förderungen und Investitionen zur Erweiterung der Großstädte und Speckgürtel zusammenhängt. Die Verdichtung in den Großstädten bedeutet jedoch ein Konfliktpotenzial mehr, „*noch dazu wenn viele vor Ort, die gar nicht von dort sind*“ [N8].

Dass die Energie immer teurer wird, davon seien immer mehr Menschen betroffen:

„Also es wird für viele Menschen letztendlich auch schwerer, ihre Heizkosten, auch Stromkosten, also Energiekosten zu begleichen, nicht.“ [N6]

Krisenhafte Bedrohung und Entwicklung werden auch der kürzlich eingeführten Mindestsicherung zugeschrieben, was an konkreten Fällen, die fast täglich auftreten, sichtbar sei. Das lässt „*Riesenprobleme*“ erwarten, obwohl der „*Österreicher sehr leidensfähig und sehr geduldig ist*“ [N2]. Aber auch hier seien erste Anzeichen für Aufruhr und Plünderungen sichtbar:

„Und in dem Moment, wo mir das Hemd näher ist als der Rock, fallen die Schranken. Wenn einmal nix da ist und ich seh, wo ein anderer mehr hat. [...]“

Die Krisen kommen aber, das sag ich Ihnen! Weil die Leute lassen sich das nicht gefallen! Und ich sag Ihnen ganz offen, wenn die Politiker – ich will ja in die Politik gar nicht reingehen – weiter so blauäugig sind – ich hab das auch vielen gesagt, auch unseren Regionalpolitikern, dass sie die Zeichen der Zeit nicht erkennen, und da sollen sie einmal da runterkommen und

sollen sie sich das anschauen! Die Leut sind angefressen bis zum Exzess! Ja! Die glauben denen nichts mehr, die können da oben wurschteln, was sie wollen, die sagen, das sind lauter Bücha, ich schau, dass ich meine Milch habe, mein Brot habe, und die können mi am A... lecken – wörtlich, das hört man net einmal!“ [N2]

Finanzielle Nöte in den Blaulichtorganisationen haben auch das eine oder andere Mal zu internen Reibereien und Spannungen geführt. Dahinter stehen primär mangelnde Zahlungsverantwortung seitens der Gemeinden, obwohl diese sich weder um Katastrophenvorsorge noch um Rettungs- oder Feuerwehrdienst kümmern müssen.

„Es gibt keinen Tag – drum hab ich müssen Sie auch verschieben – wo wir net rumdiskutieren, weil die Gemeinden nicht zahlen und ihren Zahlungspflichten nicht nachkommen, im Endeffekt steh ich da und bin ein Bittsteller, obwohl wir Dienstleister sind. Vertragspartner.“ [N4]

Umweltrelevante Ereignisse und die Entwicklung der Landwirtschaft

Umweltrelevante Ereignisse kommen in der Region immer wieder vor, was sich jedoch auf „ein bisschen Hochwasserprobleme“ beschränkt, im Großen und Ganzen ist die ganze Region jedoch verschont geblieben und „[...] da haben wir nicht viel gemerkt.“ [N5-2]. Vereinzelt Probleme oder „garstige Situationen“ wurden „im Endeffekt total super bewältigt“ [N9], wodurch sich keine „wirklichen Krisen“ entwickelt haben.

In der Land- und Forstwirtschaft sei am ehesten spürbar, wenn die Förderraten runtergehen oder sich ändern:

„[...] problematisch wird es immer, wenn's weniger wird, sag ich einmal.“ [N5-1]

Das Ansteigen der Grundpreise stellt ein gewisses Problem dar, „weil sehr viele außerlandwirtschaftliche Käufer auftreten.“ [N5-2], was als gegenteilige Folge der Wirtschaftskrise dargestellt wird. Grund und Boden wird verstärkt gekauft von wenigen, die Geld haben. Im globalen Maßstab sei das „Green Grabbing“ bereits ein gehöriges Problem:

„Und dann wird das halt bestimmt von ein paar wenigen, oder von Konzernen oft, die halt dann, ja alles diktieren.“ [N5-1]

Eine Entwicklung in Richtung Feudalsystem wird nicht ausgeschlossen, das Umgehen von Gesetzen nimmt zu und hat insgesamt Auswirkungen auf die Gesellschaft.

Dass „wir keine Landwirtschaft haben!“ wird von einzelnen AkteurInnen als sogar bedenklich eingestuft. Der Rückgang der Landwirtschaft liegt bei 1 – 2 % pro Jahr, teilweise auch bei 3 %, wenn Förderperioden zu Ende gehen. Die große Abhängigkeit der Region von außen, die dabei entsteht, lässt „schon langsam in die Katastrophe schlittern“ [N10], da es ja v.a. auch das Gewerbe betrifft und den Handel (Stichwort „Greißlersterben“). Die Landwirtschaft sei auch wichtig für die Landschaftspflege, und sie bringe Biomasse, was v.a. für die gasabhängigen Betriebe in der Region eine wichtige Rolle spielen wird.

(3-II) Bewältigung und Kapazitäten des gesellschaftlichen Zusammenhalts

Hohe Potenziale, aber auch Zweifel an regionaler Solidarität

Das Miteinander und die Freundschaft durch die Vereine sowie die Möglichkeit, „sich überall zu engagieren“ [N9] wird als ein Faktor für die Lebensqualität in der Kleinregion Schneebergland sehr

geschätzt. Auch der Bezirk Neunkirchen ist geprägt von einer Vielzahl von Vereinen, was davon zeugt, dass das Gemeinschaftsleben in der Region einen hohen Stellenwert einnimmt und für viele der AkteurInnen auch persönlich als „wesentlicher Gesellschaftsbeitrag an die Kultur in der eigenen Kommune“ [N4] sehr wichtig ist. Der Mehrwert der sozialen Strukturen liegt in der Vernetzung, die auch den Regionsaktivitäten zugute kommt, und auch in der Multiplikation von Initiativen:

„Da spielt auch die Region mit. Das ist auch nicht immer leicht, aber es ist schon ein großer Vorteil, dass es auch die Regionen gibt. Aber wenn nicht immer gleich der Nutzen gesehen wird, aber man kennt sich, man arbeitet zusammen, man vernetzt sich, man kennt die Stärken von den anderen, die Schwächen, wurscht, da wird mitgeholfen. Das heißt, da bist durch die ganze Geschichte am Ende nicht alleine, und ich glaube, das funktioniert. Das funktioniert sehr gut. Das ist ein großes Plus.“ [N9]

„[...] sollte irgendwo ein Problem oder oder, wenn ich mir jetzt das Hochwasser annimm, das was da im größten Teil im Bereich Krems, Hainburg, gibt es eine Unzahl von Vereinen und Geschäfte, die sich bei uns gemeldet haben, wo wirklich geholfen wird. Ob das jetzt Pflanzen – vom ganzen Verein! Und der Verein hält zusammen! Wenn der Verein was initiiert, das kann ich allein nie initiieren, weil ich diesen Multiplikatorenwert nicht habe!“ [N4]

Wesentlich für das Funktionieren sind die Organisationsstrukturen, die Führungspersonen und umsetzbare Anweisungen, denn

„[...] der Fisch fängt vom Kopf zum Stinken an – genauso ist es beim Verein. Wenn der Organisationskörper oder der Overhead funktioniert und die Richtungen oder die Strategie vorgibt, dann werd ich in der operativen Ebene nicht wirklich ein Problem haben, Leute zu finden, die das auch umsetzen und mittragen wollen.“

„[...] sollten wirklich Krisen oder einmal – das hat man ja schon gesehen, sag ich einmal, eine Naturkatastrophe oder andere Dinge bei uns nicht so gut laufen, dass alle zusammenhelfen, und der Verein ein wesentlicher Punkt auch in Friedenszeiten ist. Nimm einmal das Feuerwehrhaus. Das Feuerwehrhaus ist ein Gesellschaftspunkt. Alle Donnerstag treffen sich die dort!“ [N4]

Innerhalb der Blaulichtorganisationen wird der innere Zusammenhalt als „top“ bezeichnet, auch wenn die zwischenmenschlichen Beziehungen und die hierarchischen Strukturen manches Mal zu Reibereien führen. Wenn es um die Bewältigung von Krisen oder schweren Einsätzen geht, wird die Einschaltung von Seelsorgern, die professionell deeskalierend agieren, als besonders hilfreich geschätzt. Ansonsten zählen v.a. Tradition und die Werte, die die Mannschaften zusammenhalten und als Motivationsmotoren wirken. In Summe gelten die Freiwilligenorganisationen auch als Auffangnetz für die Mitwirkenden. Das Nachwuchspotenzial sei in den größeren Gemeinden und Organisationen sehr hoch, die Peripheriezonen leider eher unter einem Mangel. Den jungen Generationen muss man manches mal begreiflich machen, dass nicht alles „selbstverständlich“ [N1] ist, v.a. was Ausrüstungsstandards und Einsatzfahrzeuge betrifft. Gleichzeitig ist ihr Engagement für ihre und die gesellschaftspolitische Entwicklung sehr wichtig:

„Weil sie wissen zumindest, dass es gut ist, dass man auch für andere da ist. Auch wenn man ihn vielleicht gar nicht so kennt. Und das ist bei uns in der Region viel ausgeprägter als wie im städtischen Zentrum. Da kennst nicht einmal den Nachbarn.“ [N4]

Das soziale Gesamtsystem wird derzeit noch als intakt eingestuft, weil

„[...] wir sind ja Spendenweltmeister, wie man wieder sieht bei der Hochwasserhilfe, das ist ja sensationell für mich, wie viele da was tun, aber andererseits, wenn's an die eigene Substanz geht, kann das ganz rasch kippen. Glaub ich zumindest, war wir hier so sehen.“ [N2]

Einige glauben daher auch, dass, wenn die Situation es erfordert, ein „Zusammenhalt sein wird“ [N3]. Gleichzeitig bleiben Bedenken, „dass halt dann eine Schicht über bleibt“ bzw. das soziale Gemeinschaftsbewusstsein eher nicht hält,

„[...] ganz einfach, weil wenn die Leute sehen, ich krieg eh von nirgends was, das kommt darauf an, wie wiff der eine oder andere ist, und wie interessant er sich darstellen kann und wo er halt alles herkrieg.“ [N2]

Aufgrund der Sozialvereine sei ein gutes Potenzial für einen Zusammenhalt vorhanden, jedoch hinterlassen zunehmender Egoismus in der Gesellschaft Zweifel und geteilte Meinungen. Grundsätzlich funktioniere die Solidarität umso eher, je kleinstrukturierter die Gemeinden sind. Andererseits war es „bisher noch nie so wirklich notwendig, [...] solidarisch zu sein“ [N8].

Von den (größeren) Betrieben und der Wirtschaft in der Region berichtet man von der Bereitschaft zur Unterstützung kommunaler Engpässe im Krisenjahr 2008. Ob diese Bereitschaft auch im Falle einer „wirklichen“ Krise, in der die Betriebe selbst betroffen sind, hält, bzw. ob in allen Teilen der Region die Solidarität „so funktioniert“, wird jedoch stark angezweifelt.

Auf Gemeindeebene sieht man im Vergleich zu früher einen Willen zur Zusammenarbeit und zur Gemeindekooperation, jedoch merken andere AkteurInnen an, „dass also jetzt untereinander sich die Gemeinden jetzt nicht ganz eins sind [...]“ [N8]. Und:

„D.h. es ist gar nicht möglich, gemeinsam in eine Richtung zu gehen, weil viel zu viel politisches Kleingeld gemacht wird. Das ist jetzt grad die Region Neunkirchen, wo ich sag, das Potenzial ist, aber sie tun nichts damit und sie haben es auch nie gelernt, also im Sinne von ‚weg mit der Politik, gehen wir in eine Richtung‘.“ [N8]

(3-III) Maßnahmen und Vorkehrungen zur Erhöhung der Widerstandsfähigkeit gegenüber potenziellen Energie-Ölkrisen

Kommunale und regionale Energienotfallplanung

Vorwiegend machen sich die Blaulichtorganisationen, die sich teilweise über externe Anschlüsse selbst versorgen können, Gedanken in der Krisenvorsorge. Hochaktuelle Themen sind z.B. Supergaus durch Stromausfälle. Dazu werden Lageführung und Öffentlichkeitsarbeit beübt, Probleme sieht man darin, wenn Notrufe nicht mehr gesetzt werden können. Daher möchte man gern die Gemeinden selbst auch engagierter sehen in der Vorsorge und Krisenvorbereitung, da letztlich das Tagesgeschäft nicht mehr funktioniere, selbst wenn noch Treibstoff zur Verfügung steht. Die Frage wird aufgeworfen, ob ein Anhäufen von Notstromaggregaten tatsächlich Sinn mache, bzw. wird die aktuelle Anschaffungsphilosophie in Frage gestellt.

Auf Gemeindeebene wird als sinnvoll erachtet, das Thema Energiekrise in die Krisenmanagementpläne aufzunehmen. Der Katastrophenschutzplan der Gemeinden sollte auch kommunale Notfallpläne im Sinne der Verteilungsgerechtigkeit enthalten:

„[...] tatsächlich müsste man sich überlegen, was ist, wenn ich wenig hab, wer kriegt's, und die Frage ist, wer überlegt sich das und wer tut dann einteilen und wer ist dann die Instanz, die quasi leiten kann, weil im Endeffekt ist der, der das Geld hat, der, der es sich nimmt, und die, die es brauchen, kriegen es nicht.“ [N8]

Auch ein regionaler Energienotfallplan wird vorgeschlagen, der etwa 20 Punkte enthalten könnte für mittel- und langfristige Maßnahmen, ebenso auch Indikatoren zur Abschätzung eines allfälligen

Kriseneintrittes. Dieser regionale Plan sollte auch kommunale Verpflichtungsklauseln für entsprechende Aktivitäten enthalten oder zumindest die Erstellung einer Prioritätenliste bezüglich Investitionen.

Über den Katastrophenschutzplan der Gemeinden hinaus, sieht man die Firmen, die Privaten und halböffentliche Betriebe (als Beispiele angeführt werden Pensionistenheim, Tankstellen etc.) eher als Problem, „weil ich glaub nicht, dass die irgendwas haben“ [N1].

Aufklärung und Bewusstseinsbildung

Besonders hohes **Einsparungspotenzial sieht man im Verhalten** und der Veränderung von Strukturen. Die Kalkulation mit dem jetzigen Energiepreise sei ein falscher Zugang, aber das vorausschauende Denken erfordert Verantwortung und Information. Die Krux wird in der **Bewusstseinsstärkung** gesehen:

„Das heißt, einerseits müssen sich die Gemeinden im Klaren sein, dass es das Problem gibt, dann muss man die Betriebe irgendwie darauf vorbereiten, ich weiß auch nicht wie, einfach wirklich, meiner Meinung nach gehört da einer von der öffentlichen Hand, die halt durch die Betriebe durchgehen und nachfragt, wie habt ihr das und wollt ihr nicht, und weiterbildet und vielleicht Tipps und Tricks – vielleicht Branchentreffen macht und Firmen und sich dann ein bisschen aus dem Nähkästchen plaudern. Nämlich auch das Verständnis, dass es sie da nicht unbedingt um einen Wettbewerbsvorteil wegnehmen, wenn sie das tun, sondern, dass vielleicht die Firma, die jetzt vielleicht gut arbeiten in der Region und irgendeinen Vorsprung hat, wenn sie das Wissen nicht weitergibt, vielleicht bricht die ganze Region zusammen. Wie soll ich sagen, er hat dann nichts davon, weil dann keiner mehr da ist, der die Produkte kauft oder so. Also einfach verstehen, dass auch da auch schon Solidarität notwendig ist, in diese Richtung.“

[...] also all dieses vorausschauende Denken, ich weiß es nicht, wie man es in die Leute hineinbringt, aber meiner Meinung nach, müsste es zumindestens ein paar verantwortliche Personen geben, die das Thema so aufbereiten, dass die Leute es auch verstehen, weil ich glaube, dieses Missionieren, ganz am Anfang war das die Frage eigentlich, mitkriegt hat's ein jeder, und das Thema ist so dermaßen ausgerutscht, dass es wirklich keinen mehr interessiert, weil eben noch nichts passiert ist, de facto, nicht. Also ich weiß auch nicht, wie man das diesen Leuten klar macht. Dass man drauf vorbereitet sein muss, weil wenn's so weit ist, kracht es halt.“ [N8]

Aufklärungsarbeit wird daher als besonders wichtig eingestuft gemeinsam mit dem Aufruf zur Vorsorge. Diesbezüglich ist jetzt schon die Leaderregion tätig und tritt über einen Umweltbeauftragten an die Firmen heran, was aber als „nicht so einfach“ [N3] mit den größeren Firmen und den Industriefirmen beschrieben wird. Wenn nicht die Möglichkeit über Förderungen besteht, werden kaum Maßnahmen ergriffen.

Die Ausarbeitung des Energiekonzepts über die Leaderregion wird als eine der erfolgreichen Kooperationen genannt, wo die Firmen einzeln besucht wurden. Zum anderen tragen auch die Energieberatung der Umweltorganisationen als auch die steigenden Energiekosten zu einer bewussteren Wahrnehmung bei. „Auf dem Thema draufbleiben“ [N9] wird daher von einem/r anderen InterviewpartnerIn als wichtig betrachtet, da ein „schubweises“ Weiterkommen wahrgenommen werden kann.

In anderen Positionen sieht man die Situation der Region etwas kritischer: Das Land fordert bereits, dass die Gemeinden Energiebeauftragte führen, die den kommunalen Status Quo erheben, um Chancen und Potenziale zu erkennen. Nachdem jedoch ein gutes Drittel der Gemeinden noch keinen Energiebeauftragten führt, sei in erster Linie Sensibilität dafür zu schaffen.

„Was für mich der Umkehrschluss ist, es ist wirklich das Thema extrem weit weg, es ist lästig, es ist eine Bürde, damit ist das ganze Thema Energie noch nicht in den Köpfen. D.H. der Schluss daraus ist, im aktuellen Stand, es gehört einmal eine Sensibilität dafür geschaffen.“ [N8]

Für eine/n weitere/n InterviewpartnerIn endet die Bewusstseinsbildung im Grunde nicht bei der Energie:

„Energie, Effizienz, Demografie – Das dreht sich alles im Kreis. Das ist ein Kreislauf. Das ist die regionale Identität. Und das Zusammenleben. Das muss klar gemacht werden.“ [N10]

Aufklärung, Netzwerken und Zusammenarbeiten gerade auch im sozialen Bereich werden als weitere wesentlichen Vorkehrungsmöglichkeiten genannt, v.a. um den sozialen Risiken vorzubeugen.

Energieautarkie und Umrüstung

Beim Thema Energie „keine Angst zu haben“ und auch auf Private zu setzen, sei wichtig und die Kommunen, „die müssen in den Hintern getreten werden!“ [N10]

Von den Gemeinden erwartet man sich, mit Hilfe der Energiebeauftragten einen **Status Quo** zu definieren, um darauf aufbauend eine **Prioritätenliste** für Investitionen zu erstellen. Ein **Energiemonitoring**, das über die Energieagentur der Regionen angeboten wird, sei ein guter Ansatz.

„Ich glaube, dass die meisten Gemeinden nicht wissen, wo sie stehen und wo sie stehen könnten, ob's ganz gut oder ganz schlecht stehen. Ich glaube da fehlt es ganz konkret bei der Selbsteinschätzung der Gemeinden. Und natürlich auch die Firmen innerhalb der Region usw., dass da die Benchmarks ein bisschen fehlen. Das kann durchaus ein Auftrag an den Bund sein und an die Unis und so, so eine Art Gemeindebenchmarks, einfach nur einmal schauen, wo sind wir, und wie weit ist jetzt eigentlich meine eigene Gemeinde entfernt mit gewissen Kennzahlen. Ich glaube da fehlt es schon, die Selbstwahrnehmung ist unwahrscheinlich schlecht.“ [N8]

Für die Gemeinden sei **Energieautarkie** erstrebenswert, auch wenn „komplett autark“ unrealistisch erscheint,

„[...] aber dass du dich so gut wie möglich absicherst mit den öffentlichen Gebäuden und mit den Schulen, Biomasseheizwerk z.B. oder dass du dann wirklich die Möglichkeit hast, also den Betrieb anders aufrechtzuerhalten.“ [N6]

Mit der Biomasse sei weiterzufahren, kleinstrukturierte Nahwärmekraftwerke, PV-Anlagen und Investition in Kleinwasserkraftwerke seien wichtig. Investitionen dafür benötigen jedoch Zeit, selbst Umstellungen, um die Effizienz zu erhöhen, das erfordert jedoch höheres Bewusstsein der Problematik, Aufklärungsarbeit, Information und auch Solidarität.

„Das heißt, einerseits müssen sich die Gemeinden im Klaren sein, dass es das Problem gibt, dann muss man die Betriebe irgendwie darauf vorbereiten, ich weiß auch nicht wie, einfach wirklich, meiner Meinung nach gehört da einer von der öffentlichen Hand, die halt durch die Betriebe durchgehen und nachfragt, wie habt ihr das und wollt ihr nicht, und weiterbildet und vielleicht Tipps und Tricks – vielleicht Branchentreffen macht und Firmen und sich dann ein bisschen aus dem Nähkästchen plaudern. Nämlich auch das Verständnis, dass es sie da nicht unbedingt um einen Wettbewerbsvorteil wegnehmen, wenn sie das tun, sondern, dass vielleicht die Firma, die jetzt vielleicht gut arbeiten in der Region und irgendeinen Vorsprung hat, wenn sie das Wissen nicht weitergibt, vielleicht bricht die ganze Region zusammen. Wie soll ich sagen, er hat dann nichts davon, weil dann keiner mehr da ist, der die Produkte kauft oder so.“

Also einfach verstehen, dass auch da auch schon Solidarität notwendig ist, in diese Richtung.“ [N8]

Umrüstung ist ein verbreiteter Gedanke, der kursiert. Darunter werden vielerlei Dinge subsumiert wie der Einbau von Holz- und Kaminöfen, der Austausch von Erdöltanks, die Verwendung von Solarpanelen, v.a.

„[...] aber dass wir z.B., die Energiekosten Strom versuchen selber zu decken. Auch wenn's nicht wirtschaftlich ist.“ [N5-2]

Grundsätzlich sollte die Umrüstung im Kleinen anfangen, jedoch wird angezweifelt, „ob uns das alles bewusst ist, was gehen würde.“ [N6]

Die Landwirte haben bereits Großteils auf Hackschnitzelheizungen umgerüstet, was unabhängig von der Energiefrage zu sehen ist. Ihnen geht es darum, ihr eigenes Produkt zur Wärmeerzeugung zu nutzen. In Einzelfällen wurden Traktoren umgebaut und mit Raps- oder Sonnenblumenöl angetrieben. Jedoch sind hier die Umrüstungskosten zu teuer, v.a. solange der Treibstoffpreis nicht zu hoch ist. In jedem Fall sieht man hierin Potenzial, problematisch sei eher die Koppelproduktsituation, „da ja eigentlich alle mehr oder weniger am Erdöl hängen [...]“ [N5-1], bzw. auch dass Raps- und Maispreise gestiegen sind und daher die Nutzung von Alternativtreibstoffen direkt mit deren Marktpreisen und jenen von Diesel zusammenhängt.

Für die Organisationen gerade im Bildungssektor erscheint es schwierig, im Einzelnen tätig zu werden. Man plädiert hier für ein Gesamtkonzept zumindest auf Bundesland-Ebene. Insgesamt sei aber ein Gesamtkonzept auf Europaebene nötig.

Verfahren und Genehmigungen sind anzupassen, im Moment „ist das ja bloß ein Prügel vor die Füße werfen!“ [N10]. Bei Neubau oder Sanierung sei man immer noch auf die „Nachbarschaftshilfe“ angewiesen. Die Anpassung der Baustandards drängt ebenfalls: obwohl wir im Zeitalter des Passivhaus-Bauens angelangt sind, wird wie „vor 20 Jahren“ gebaut“ [N8]. Auch die Kalkulationen für thermische Sanierung seien verbesserungswürdig.

(3-IV) Öffentliche Maßnahmen und Wünsche an die Politik

Finanzielle Unterstützung der und Investitionen in die Freiwilligenorganisationen

Während die Freiwilligenorganisationen selbst beanspruchen, dass die Gemeinden „ihren Aufgaben, so wie es im Gesetz drinnen steht, zu 100% nachkommen.“ [N1], wird ihre Unterstützung von Gemeindefseite von mehreren Seiten als besonders wichtig betont:

„Die Feuerwehren sind Goldes wert, die sind mehr wie Goldes wert, wurscht in was für ein Szenario das kommt. Weil wenn irgendwo was eckt, stehen die in in in Minutenschnelle zur Verfügung, und das muss, das muss aufrechterhalten werden. Da darf, da darf keine Sekunde daran gerüttelt werden, weil in Wahrheit, das absolut das billigste System ist, um so eine hohe Qualität zu fahren. Und das – ich kenn kein Land in Europa, wo'st, wo'st bei einem Unfall, wurscht was ist, so schnell und so kompetent eine Hilfe hast. Und da gibt's keine Berufsgeschicht, was da mit kann. Weil das entweder länger dauert, oder wurscht, was auch immer. Da sind wir uns nicht bewusst, was das für einen Wert hat.“ [N9]

Grundsätzlich wird der Stellenwert der Freiwilligenorganisationen im Bezirk sowohl bei der Bevölkerung als auch bei der Kommunalpolitik als sehr hoch empfunden, davon zeugen auch die hohe Anzahl der vertraglichen Partnerschaften mit dem Roten Kreuz. Dennoch wird die Abhängigkeit der Organisationen von den Gemeindezahlungen als besonders hinderlich aufgefasst, denn:

„[...] die schlechteste Form einer Entwicklung ist, keine Investition zu machen. Ja, man muss schon mit Bedacht umgehen, aber wenn ich mir, wenn ich für Projekte, die gesellschaftspolitisch wichtig sind, kein Investmentvermögen mehr hab, dann muss ich mich fragen, ob das, für das ich Geld verlang, wirklich so finanziert ist, so könnt keine Firma arbeiten, wissen Sie, was ich meine? Und das ist wirklich eine Herausforderung und das Problem zu lösen, das ist eine Herausforderung für die Politik, weil ansonsten wird halt das Ehrenamt, das was man ja immer so hoch hebt, sich bald nicht mehr begeistern lassen, v.a. nicht in der Führungsebene. Weil die sind ja Verantwortungsträger! Der ist gewählter Funktionär. Und jeder weiß, wenn er sich ein Vereinsgesetz einmal angeschaut hat, dass man als Obmann, egal wie der heißt, finanziell auch verantwortlich ist. Und wenn diese Sicherheit nicht da ist, nach gewissen Indikatoren natürlich und Vorgaben, das ist ja eh kein Thema, net, es kann net jeder machen, was er will, dann wird das zukunftsorientiert sehr sehr problematisch werden. Und auch in der Region.“ [N4]

Kontinuität und langfristige Förderkonzepte

Was Förderungen zum Thema Alternativenergien betrifft, „müssten von der politischen Seite einmal ganz klare Akzente gesetzt werden“ [N9]. Für abrupte Rückzieher in Bezug auf bestimmte Alternativtechnologien hat man kein Verständnis, nachgesetzte Regulativen schrecke die Betreiber und Investoren. V.a. Kontinuität und langfristige Konzepte, ist man sich einig, sowie Abstimmung von Bund, Land und Gemeinden seien daher notwendig. Regulierungen und Masterpläne sind von vornherein zu entwickeln und zu verfolgen.

„[...] da ist es halt schon wichtig, Schritte zu setzen und entsprechend vorauszudenken.“ [N6]

Die neue Orientierung der Leader-Programme in Richtung Arbeitsplatzbeschaffung und Industrie wird willkommen geheiß. Der touristische Fokus hätte sich bereits erschöpft und man fragt sich bereits:

„[...] aber wenn ich am 24. Themenweg 25.000€ investier, stellt sich mir die Frage, ob ich das nicht woanders ein bisschen besser investieren könnt. Ob man da nicht vielleicht ein bisschen umdenken sollte.“ [N6]

V.a. für Gemeinden sei es wichtig, entsprechende Betriebe als Arbeitsplätze zu engagieren, gleichzeitig können die Kommunen in schlechteren Zeiten nicht für alle Betriebe einspringen, wenn die Rahmenbedingungen und Einnahmen nicht mehr gegeben sind. Es sollte daher mehr nach subregionalen Gegebenheiten differenziert werden und v.a. mehr Anreize geschaffen werden.

Partiell ist man der Meinung, dass Förderungen zwar hilfreich aber nicht die Lösung für alles sind. Man möchte viel mehr die Industrie, wie z.B. die Autoindustrie selbst in der Verantwortung sehen, um Schritte in die richtige Richtung zu setzen.

Politische Verantwortung und Neudefinition der Lebensqualität

An die Politiker, auch auf Landes- und kommunaler Ebene, richtet man den Appell, dass Wahlversprechen zumindest zum Teil eingehalten und umgesetzt werden. Was die nationale Politik betrifft wünscht man sich, dass langfristige Programme diskutiert und verwirklicht werden, und noch mehr, dass „die Verantwortlichkeit der Verantwortungsträger zu verstärken“ ist:

„Politische Verantwortung kann net darin stecken, dass ich sag, ok jetzt geh ich, politische Verantwortung muss sich in persönlicher Geldhaftung repräsentieren, ja! Wenn ich heute Entscheidungen treffe mit öffentlichen Geldern, dann muss ich für die Entscheidungen die Haftung übernehmen, dann würden die Sachen gleich ganz anders ausschauen.“ [N7]

Von der EU wird vehement „eine Reorganisation der Europäischen Union in Hinblick auf Demokratie“ [N7] gefordert. Es müsse der „gesamte Lobbyismus verschwinden“ und „andere

Entscheidungskriterien her“ als die rein ökonomischen. Die volkswirtschaftliche Definition der Lebensqualität rein über das ökonomische Einkommen und Wachstumsraten sei überholt und neu zu überdenken. Steigende Wachstumsraten seien in den Wohlstandsstaaten nicht mehr zu erwarten.

„Und von der Energieseite her bin ich überzeugt, dass langfristig an Solar- und Wasserenergie nicht vorbeigegangen werden kann.“ [...]

Weil, man merkt ja jetzt bereits, in den Ländern, wo die Umweltfragen nicht beachtet werden – also es wird Amerika nicht herumkommen, irgendwann sozialer zu werden! Und es werden die Entwicklungsstaaten also China und Indien, nicht herumkommen, irgendwann umweltfreundlicher zu werden! Dann haben die dieselben Kosten, die wir schon hinter uns haben. Wenn wir es bis dahin schaffen.“ [N7]

Zur EU wünscht man sich auch, dass sie „regionaler“ wird bzw. dass Regionen und nicht Staaten in der Europäischen Union vertreten sind. Man ist der Meinung, dass zumindest in den Bundeshauptstädten ein Regionalbüro der EU eingerichtet wird, damit das derzeitige Agieren auf lobbyistischer Basis auf eine demokratische Basis umgelenkt wird. Der Ärger der Bevölkerung liege auch an den fehlenden Ansprechmöglichkeiten.

3 Komprimierte Fassung

Thema 1: Lebensqualität und Energiewende in der Region

Die Lebensqualität der Region wird von den befragten AkteurlInnen mehrheitlich mit dem **landschaftlichen Umfeld und dem ländlichen Raum** assoziiert. Umfangreiche Freizeit-, sowie Erholungs- und Rückzugsmöglichkeiten werden geschätzt und genutzt. Konsequenterweise hervorgehoben werden die **Nähe zu Wr. Neustadt und Wien** und die Vermischung von Land und städtischen Bereichen.

Den **Verkehrsanbindungen** (Autobahn, Zugverbindungen) zu Wr. Neustadt und Wien schreibt man einen hohen Stellenwert zu, v.a. da dies das Jobangebot erweitert und die gestiegene Arbeitslosigkeit im Bezirk kompensiert. Grundsätzlich werden der **Industrie und dem Branchenmix** in der Region jedoch weiterhin große Bedeutung für das Arbeitsplatzangebot beigemessen.

Die Faktoren Wohnstandort mit erschwinglichen Grundstückspreisen sowie die regionale **Abdeckung der Grundbedürfnisse und des täglichen Bedarfs** bis hin zu Luxusgütern erscheinen wesentlich. Die Verfügbarkeit regionaler Nahrungsmittelprodukte aus landwirtschaftlichen Kleinbetrieben „[...] ist für mich auch Lebensqualität, das geht hin bis zur Wasserqualität, [...]“. Jedoch ist die Abdeckung der Grundbedürfnisse nicht allen Bevölkerungsschichten zugänglich, teilweise fehlen materielle oder finanzielle Ressourcen:

Andere, einzeln genannte Faktoren, die mit Lebensqualität assoziiert werden, sind a) die **Energiewende**; b) **günstige klimatische Voraussetzungen** in Kombination mit **regionalen Vorsorgemaßnahmen**, die der regionalen Bevölkerung und dem Tourismus zugute kommen und c) die **sozialen Strukturen** in den kleinen Gemeinden und das Vereinsleben.

Den positiven Einstellungen stehen jedoch auch **ablehnende Haltungen** gegenüber: Warum man hier nicht oder lieber woanders wohnen möchte, wird dabei ausreichend argumentiert: eingeschränkte Erschließung und Infrastrukturen, die hohe Energiekosten durch multiplen Auto- und hohen Treibstoffbedarf verursachen, bis hin zum industriellen Rückgang und Einbußen im lokalen | regionalen Arbeitsplatzangebot.

Im Einzelfall wird der hohe Migrantenanteil, insbesondere jener der anatolischen Türken als einschränkend für die Lebensqualität empfunden, was jedoch nicht im Detail argumentiert wird.

Energie und Lebensqualität

Der **Energieaufwand** in der Region wird von einigen AkteurlInnen als groß eingestuft v.a. im Bereich Verkehr und Mobilität. Die geringe Infrastruktur in peripheren Lagen verursachen eine große Fahrzeugabhängigkeit für jeden Weg, die Zweitfahrzeuge für Familien notwendig machen. Die Preisentwicklung der letzten Jahre war in der Region besonders zu spüren: Um sozial Schwächeren unter die Arme zu greifen, wurden in mehreren Gemeinden Heizkostenzuschüsse eingerichtet.

Für einige der Befragten leisten **Erneuerbare Energien** zunehmend höhere Beiträge für die Lebensqualität in der Region aufgrund des geringeren Arbeitsaufwandes, der erzielbaren Einsparungen und auch der persönlichen Wertigkeit. Neue Energieformen sind nicht nur „greifbar“, sondern wären auch „umsetzbar“, würden „schwere Herren“ nicht auf die „Ölbremse“ drücken. Für die Entwicklung der Alternativenenergien erscheint die gute regionale Gasversorgung hinderlich. Sie

unterstütze die allgemeine „*Bequemlichkeit*“, zudem verursachten die Gaspreise bisher keine „*persönliche Beschwerden*“. Hingegen sei für Umbauten im privaten Bereich der **Kosten-Nutzen-Faktor** nicht wirtschaftlich, auch wenn Solarkombinationen v.a. „für alle Neubauten [...] wirklich interessant“ sind.

Neben den PV-Anlagen und Solarkombinationen spielen für die Region die Wasserkraft und Nah- und Fernwärme, daneben aber auch „*Energie aus Bauernhand*“ eine Rolle: „*Regional produzierte Pellets werden regionalen Kunden über regionales Marketing und Vertrieb direkt verkauft, das bringt die Ölkessel weg.*“ Die forstliche Biomasse fällt in der Region als Koppelprodukt der normalen Waldbewirtschaftung an, auch die „*Ware Brennholz ist ein Markt geworden*“. „*Die energetische Verwertung ist ein großes Thema*“ und in der Waldbewirtschaftung eines der Arbeitsfelder.

Als kritisch wird hier mangelnder Bedarf in den Abwanderungsgemeinden betrachtet: Der Transport in die Ballungsräume verursacht hohe Kosten, das verteuert die Biomasse. Biogasanlagen sind nur ein Randthema, da Getreide- und Maispreise, aber auch Transportkosten gestiegen sind.

Für die Region und die Kleinregionen ist Energie eines der wichtigsten und größten Themen in den letzten Jahren gewesen, v.a. im Rahmen der Leader-Aktivitäten und der Klima- und Energiemodellregion. In manchen Gemeinden spielen die **Erneuerbaren eine zentrale Rolle**, und es wird von umfangreichen Beiträgen und Aktivitäten im Erneuerbaren Sektor berichtet: das regionale Energiekonzept, Sonnenkraftwerke und Photovoltaikanlagen auf öffentlichen Gebäuden, Beteiligungsmodelle, Fernheizkraftwerk, der weitläufige Anschluss der öffentlichen Gebäude und von Wohnanlagen, E5-Gemeinde, Kooperationen mit den Energieversorgern, Gemeindeförderungen zur Umstellung auf Erneuerbare u.a.m. Die Kleinregionen sind diesbezüglich „*sehr bemüht*“ und gehen in erster Linie auf die Gemeinden zu. „[...] von dort da müsste halt der Funke [...] dann auf die Bevölkerung weiterspringen.“

Ein „*Wachrütteln*“ der Gemeinden sieht man erreicht, aber das Weitertragen in den Gemeinden „[...] *könnte natürlich auch wesentlich besser sein.*“ Dort wird das Thema „[...] *noch nicht ganz so ernst genommen*“ [N9], und das Echo ist „*enden wollend*“. „*Große Würfe*“ sieht man daher noch nicht außer im Bereich Photovoltaik und Dämmmaßnahmen.

Die **abweichenden Einstellungen** zur Energiewende machen sich auch in anderen Bereichen bemerkbar: Der Mehrwert der Einrichtung von Energiebeauftragten wird nur teilweise erkannt. Von vielen Gemeinden hingegen kommt Widerstand gegenüber der Verpflichtung, die jedoch ohnehin sanktionslos bleibt.

Im Rahmen der Aktivitäten der Leader- und Klima- und Energiemodellregion ist **Bewusstseinsbildung** über Infoabende und kostenlose Energiechecks bereits ein wichtiges Thema geworden. Eine Multiplikation wird über die Schulprojekte und das Vereinsleben erreicht. Erfolge wurden auch über Vorzeigeprojekte wie E-Auto für die Volkshilfe (Essen auf Rädern) und City-Taxigutscheinen verzeichnet.

Die widersprüchliche Haltung zum Thema Erneuerbare Energie widerspiegelt sich auch außerhalb der Wahrnehmung der Regionsverantwortlichen. Für manche der InterviewpartnerInnen aus anderen Bereichen spielt Erneuerbare Energie in der Region **keine wahrnehmbare Rolle** und Bemühungen um einen Umstieg sind nicht bekannt. Das Fernheizkraftwerk wird als „*veraltet*“ und die Bereitschaft für innovative Ansätze als nicht vorhanden beschrieben (wie z.B. die

Verwendung der Abwässer der Kläranlagen oder Einsatz von Algen). In Bundeseinrichtungen scheidet es an Investitionen zur Umrüstung.

Im Bereich der Solarthermie sei die Region NÖ-Süd „*Schlusslicht in NÖ*“, bezogen auf den Einwohner, „[...] *weil die ansässigen Firmen zu wenig pushen, es gibt kaum Vertrieber.*“ Besonders hemmend für den Betrieb von PV-Anlagen erscheinen die Sachverständigen der Baubehörde und einschränkende Bauregelungen.

Hoffnungen und Chancen für die Region

Als großes Ziel wird gesehen, eine **regionale Bewusstseinsstärkung** zu erreichen. Ein „Umdenken“ sei im Grunde schon im Gange, Hoffnung setzt man in steigendes Engagement und Interesse der Gemeindeverantwortlichen. Bottom-up-Aufklärung stellt eine wichtige Basis für globale Lösungsansätze dar, der Kontakt der Klima- und Energiemodellregion zu den regionalen Gemeinden sei noch zu verstärken und die Konzepte zu multiplizieren.

Die **Direktvermarktung** aus den landwirtschaftlichen Betrieben im Bezirk wird sehr geschätzt. Initiativen zum Vertrieb regionaler Produkte sowie die lokale Greißlerei sei zu fördern. Ein **Kurzhalten der Transportwege** sei nur über kleinstrukturierte Anlagen erreichbar, um hohe Transportkapazitäten und -kosten niedrig zu halten.

Im Bereich der **Mobilität** erhofft man sich, dass die Fahrpläne der öffentlichen Verkehrsmittel, insbesondere der regionalen Buslinie verbessert werden:

Für den **Sozialbereich** wünscht man sich günstigere Pelletsheizungen, auch wenn es diesbezüglich noch an Sicherheitsstandards mangelt. Zur Altholzbergung wird ein sozialer Ansatz in Form eines Beschäftigungsmodells für Langzeitarbeitslose vorgeschlagen.

Zum Thema **Förderung** erhofft man sich vom Land NÖ die Einführung von Modellen zur Unterstützung der Betreiber. Gleichzeitig seien „[...] *Förderungen und Bauordnungen so [zu] novellieren, dass Veränderungen sinnvoll sind und Standards eingehalten werden, [...]*“. Sanierungen sollten im Privatbereich, aber auch bei Gewerbebetrieben gefördert werden. Die Undurchsichtigkeiten der Förderausschreibungen und „*Glücksspiel*“-Situationen bei den Einreichungen seien zu beheben. „*Klare Akzente*“ von Seiten der Politik und „*langfristige Konzepte*“ werden gefordert, Förderschwerpunkte sollte nachvollziehbarer sein.

Insgesamt setzt man auf „*proaktive regionale Entwicklungen*“ und die Nutzung regionaler „*materieller Ressourcen und Arbeitskräfte*“. Die Verwertung von Sägereisprodukten aus der Region und der Sonnenkraft sind „*Thema für jede Gemeinde*“. Weitere Investitionen in das Energiethema auf Basis des **regionalen Energiekonzepts 2020** werden für die Region als wichtig und notwendig erachtet. Zur Effizienzsteigerung sind die Datenerhebungen, die bisher nur von fünf Gemeinden vorliegen, zu erweitern.

Technologisch erhofft man sich **Fortschritte** in der Entwicklung von GeoSol und Speicherkörpern in der Erde für Sonnenkollektoren. In der LED-Technologie wünscht man sich fachliche Unterstützung und Expertenberatung.

Thema 2: Mögliche Energiekrisen – Risiken und Wahrnehmung

Zur Frage der **Verfügbarkeit fossiler Rohstoffe** (Erdöl, Erdgas) zeichnet sich ein ambivalentes Meinungsbild der AkteurInnen in der Region NÖ-Süd, wobei vier Meinungsstränge identifiziert wurden:

- (1) Die Einschätzung der Ressourcenfrage sei ExpertInnen zu überlassen, „*weil da gibt's gescheiterte Leute, die das wissen müssten*“ und „*wie's dann weiter geht, ist sicher eine spannende und interessante Frage.*“. Außerdem „[...] *haben sie Verfahren verbessert, um das voraus zu sehen mit dem Erdgas.*“
- (2) Krisen und Verknappungsszenarien werden wirtschaftlicher Steuerung und Dramatisierung zugeschrieben und als nicht realistisch bzw. als „*ein fester Blödsinn*“ eingestuft. In den nächsten zwei bis drei Generationen macht man sich keinerlei Sorgen um die Versorgungssicherheit „[...] *solang wir leben, wird es genug Erdöl oder Erdgas geben.*“ Kurzfristig befürchtet man keine Einschränkungen, und für längerfristige Risiken glaubt man an technologische Patentlösungen, die in den Schubladen der Industrien ruhen. Partiiell tauchen Widersprüche im Gedankengang auf: Zwar hält man das Szenario für unrealistisch, gleichzeitig wird die fossile Unabhängigkeit als überzeugt erstrebenswert betrachtet, da Begrenzungen drohen.
- (3) Das Risiko einer Ressourcenverknappung wird als sehr realistisch und schon lange bekannt (Stichwort „*Club of Rome*“) betrachtet. Die Ressourcen sind „*nicht unerschöpflich*“ und man sieht „*eine große Gefahr darin*“.
- (4) Dass die Ressourcenerschöpfung schon lange breitgetreten wird, jedoch diverse Vorhersagen z.B. des Club of Rome nicht eingetroffen sind, wird kritisiert. Dass „*nichts Erkennbares passiert ist*“ wird als hinderlich für gesellschaftliche Änderungen und ein Umdenken betrachtet. Akute Versorgungsmängel würde man sogar begrüßen, um von einer „*zentralen Welt*“ wieder in Richtung „*dezentral*“ zu denken.

Risiken | Sorgen | Bedenken

Einzelne InterviewpartnerInnen merken an, über **Risiken einer möglichen Energiekrise** noch „*nicht wirklich nachgedacht*“ zu haben. Bei anderen führen mangelnde Entscheidungskompetenzen und Einflussmöglichkeiten innerhalb der eigenen organisationalen Rahmenbedingungen zu einer gewissen Gleichgültigkeit: „[...] *ist nicht mein Problem! [...], ist mir völlig egal! [...]* *Hätt ich Einflussmöglichkeiten, würd ich's anders machen!*“

Als ein **globales Risiko** gilt, dass nur aufgrund „*eines riesigen Lobbyismus zugunsten der KFZ- und Erdölindustrie*“ alle Erdölprodukte „*gehalten werden*“. Der Einfluss der Öl- und Gasbranche wird als hemmend für umweltfreundlichere Techniken bzw. für einen umweltfreundlicheren Energieverbrauch, wo es „*wahrscheinlich schon Möglichkeiten gäbe*“, gesehen. Dass derzeit im **öffentlichen Verkehr** „*nichts passiert*“, wird hinterfragt und als Risiko eingereiht. Die kürzeren Wege in der Stadt werden dabei als Vorteil betrachtet, gleichzeitig sind am Land „[...] *die Leut doch noch ein bisschen selbständiger und haben Alternativen und probieren irgendwas zu machen.*“

Auf Gemeindeebene behindern mangelnde finanzielle Mittel ein rechtzeitiges Umrüsten, weil „[...] *wir wissen ganz genau, dass wir das eine oder andere Objekt irgendwo energietechnisch ein Wahnsinn ist, [...]* *aber es sind die finanziellen Mittel einfach nicht vorhanden [...]*“.

Den InterviewpartnerInnen erscheint das Andenken eines **umfassenden Szenarios** in Bezug auf eine akute Verknappung fossiler Rohstoffe und die Einschätzung der Risiken schwierig. Insgesamt

lässt sich aus den großteils stark auf den eigenen Wirkungskreis fokussierten Blickwinkeln der Befragten folgendes Szenario ableiten:

Eine radikale Krise beschränkt sich nicht auf die Region, sondern „Das tät weltweit alle treffen.“ Betroffen von den Auswirkungen sind die Industriestandorte. Die regionale Wettbewerbsfähigkeit ist gefährdet und damit die Stabilität der wirtschaftlichen Standorte in den Kleinregionen. Abbau und Absiedelungen sind in der Region zu erwarten v.a. von den stark strompreisabhängigen Firmen. Ein Szenario würde weite Kreise ziehen, da viele Betriebe und Unternehmen „nicht darauf vorbereitet“ sind, um schnell reagieren zu können und „sich da viele Leute keine Gedanken gemacht haben“.

Es herrscht ein „echtes Chaos“, ein „kleiner Weltuntergang“. Es gibt „keinen Spar, keine Autos keine LKW's“, vermutlich auch keine Medikamente, und ob man noch was kaufen kann, ist fragwürdig. Für die Land- und Forstwirtschaft, die hoch technisiert ist, wird es „heikel“. Traktoren und LKW's bleiben zur Versorgung weiter im Einsatz, Privatfahrten werden eingeschränkt. Die Einsatzbewältigung der Blaulichtorganisationen ist massiv gefährdet. Die Schere zwischen arm und reich steigt, sozial Schwächere sind besonders betroffen. Die Solidarität, v.a. im Falle eines Spritverteilungssystems, wackelt. Mord und Totschlag sind nicht auszuschließen.

Lösungsansätze | Perspektiven | Chancen

Kleinregionale Puffer werden gesehen, wo die Abhängigkeiten jetzt schon geringer sind, z.B. „mit Holzalternativen, das funktioniert ja schon“. Die Energiewende selbst „wird sehr langsam gehen“, da „die ganzen Lobbys [...] sehr gut verdienen an der ganzen Krise“. Daher ist von den Gemeinden eine „Vorreiterrolle“ in Bezug auf Biomasseprojekte, Fernwärmeheizwerke und Sonnenkraftwerke oder Einsatz von Elektroautos einzunehmen und eine „Vorbildfunktion“ zu erfüllen. Auch gäbe es bei den regionalen Unternehmen Eigentümer mit „Weitblick“, die „immer wieder drüber nachdenken“ und Investitionen eher tätigen.

Insbesondere die mehrfach angesprochenen sozialen Risiken werden auch als Chance betrachtet, „[...] weil grad diese schwachen Schichten und die bildungsfernen usw. sehr schnell reagieren müssen“.

Mittelfristig (in 10 bis 15 Jahren) ist man überzeugt, dass genügend Dynamik vorhanden wäre, um eine Öl- bzw. Energiekrise besser zu überstehen. Im Grunde wäre die Region jetzt schon so weit, auch ohne Fossile auszukommen, weil „Ein Drittel [...] kann man mit Erneuerbaren abdecken.“ Das Problem liegt aber im Verbrauch, der immer noch viel zu hoch sei. Was das Thema Effizienz betrifft, sei daher auf die Gemeinden einzuwirken. Man erhofft sich eine gewisse Regelung der Nachfrage über den Preis, um die gesellschaftliche Bequemlichkeit zu überwinden. Für die Umstellung müssen noch finanzierbare Möglichkeiten gefunden werden.

Energiekrisen als Ursache für gesellschaftliche und wirtschaftliche Krisen

Dass Energiekrisen Wirtschaftskrisen nach sich ziehen, ist nach Ansicht vieler AkteurInnen der Region das „Hauptthema“: „Es fängt an, dass Produkte teurer werden, Standorte nicht mehr wettbewerbsfähig sind, Leute ihren Job verlieren, sich die Energie nicht leisten können, die sie bis jetzt verbraucht haben.“

V.a. die Produktbranchen, die Öl als Grundlage haben, „die werden das natürlich früher spüren als andere“, und die Industriestandorte wird es stärker treffen. Zum Teil werden die Wirtschaftskrisen und die Trends der letzten Jahre in unmittelbarem Zusammenhang mit „unerkannten“ Energiekrisen gebracht. Das zeige der Preis. Das fehlende „Standing der Politik und der Wirtschaft“ mache jedoch eine „Trendwende“ nicht „leistbar möglich“.

Ein/e andere/r InterviewpartnerIn sieht Energie- und Wirtschaftskrisen als eher „unabhängig voneinander“ und als „zwei Wellen, die da aufeinandertreffen“ und sich gegenseitig aufschaukeln. Man wusste schon in den 1980iger Jahren, dass es „Mitte der 90iger Jahren Unternehmenskrisen geben wird“, die übergehen werden in Bankenkrisen und „aus den Bankenkrisen Staatskrisen werden“.

„Die Wirtschaft steht einer sozial verträglichen Gesellschaft entgegen“, was als potenziell krisenverursachend angenommen wird, den „sozial verträglichen Wandel wird's nicht geben“. **Akute soziale Konflikte** im Zusammenhang mit Energiekrisen werden daher nicht ausgeschlossen. Die Reaktionen der Bevölkerung auf Versorgungsengpässe seien schwer abschätzbar. Massive Beeinträchtigung des Lebensstandards könne Aggressionen aufwecken. Die **fehlende Leistungsfähigkeit** wird auf jeden Fall als eines der Hauptmotive für Konflikte gesehen, andere Motive seien in der ungerechten Behandlung und in der gefühlten Preissteuerung angesiedelt. Die auseinandergehende Schere enthalte entsprechenden Brennstoff.

Global betrachtet kann „durchaus kriegerisches Konfliktpotenzial zum Vorschein kommen“, v.a. in Anbetracht der Geografie der Erdölvorkommen, und wenn es um „die Wurscht geht“, ist vorstellbar, dass es „kracht“.

Thema 3: Bewältigung von Krisen in der Region

Krisenhafte Entwicklungen der Region

Von bisherigen Erfahrungen wird der Niedergang der Stahlindustrie in den 1980iger Jahren geschildert, der v.a. Abwanderung zur Folge hatte, da damit Arbeitsplätze abhanden gekommen sind. Auswirkungen der Wirtschaftskrise von 2008 hingegen seien v.a. darin zu spüren, dass Investitionen insbesondere um das Thema Energie gestoppt werden.

In den Gemeinden spürbar seien auch die **demografischen Veränderungen**. Abwanderung in die Stadt, Schülerrückgang, das Verschwinden der Jugend aus der Peripherie hängen mit eingeschränktem Arbeitsplatzangebot zusammen aber auch mit den Förderungen und Investitionen zur Erweiterung der Großstädte und Speckgürtel. Dies gehe aus dem Demografiecheck gut hervor und sei bedenklich. Kritisiert wird, dass das „viele Gemeinden nicht wahrhaben“ wollen. „Was machen sie dann? Wenn dann keine jungen Leute mehr da sind?“

Die Verdichtung in den Großstädten bedeutet jedoch ein Konfliktpotenzial mehr. Steigende Energiekosten betreffe immer mehr Menschen, und auch die kürzlich eingeführte Mindestsicherung lasse „Riesenprobleme“ und soziale Krisen erwarten. Anzeichen für Aufruhr seien sichtbar, werde aber von der (Regional-)Politik nicht erkannt.

Umweltrelevante Ereignisse kommen in der Region zwar immer wieder vor, beschränken sich jedoch auf „ein bisschen Hochwasserprobleme“, vereinzelte Probleme oder „garstige Situationen“ wurden bisher „super bewältigt“. Die landwirtschaftliche Entwicklung hingegen wird für manche ernst genommen: eine Folge der Wirtschaftskrise ist das Ansteigen der Grundpreise, dadurch treten „außerlandwirtschaftliche Käufer“ auf. „Green Grabbing“ im globalen Maßstab sei bereits ein gehöriges Problem, da die Bestimmung „von ein paar wenigen, oder von Konzernen oft, die halt dann, ja alles diktieren“, Auswirkungen auf die Gesellschaft hat. Der jährliche Rückgang der landwirtschaftlichen Betriebe im Bezirk von 1-2% bringe einen Anstieg der Abhängigkeit der Region von außen mit sich. Das betrifft letztlich auch Gewerbe und Handel. V.a. für die gasabhängigen Betriebe in der Region wird die Biomasse, die aus der regionalen Landwirtschaft stammt, noch eine „wichtige Rolle“ spielen.

Regionale Solidarität: hohe Potenziale aber auch Zweifel

Das Gemeinschaftsleben in der Region nimmt einen hohen Stellenwert ein, davon zeugt die Vielzahl von Vereinen. Der Mehrwert der sozialen Strukturen liegt in der Vernetzung, die auch den Regionsaktivitäten und der Multiplikation von Initiativen zugute kommt. Die Zusammenarbeit innerhalb der Vereine und der innere Zusammenhalt der Blaulichtorganisationen wird als „top“ beschrieben. Es zählen Tradition und Werte, die die Mannschaften zusammenhalten und als Motivationsmotoren wirken. Die Vereine fungieren als soziales Auffangnetz und dienen der sozialen Entwicklung der Jugend. Mit dem Nachwuchspotenzial ist man, zumindest in den größeren Gemeinden, zufrieden.

Das soziale Gesamtsystem wird derzeit noch als intakt eingestuft und einige glauben, dass ein „Zusammenhalt sein wird“, wenn es die Situation erfordert. Zweifel an der Solidarität und Bedenken, dass „das kippen kann“ bzw. dass das soziale Gemeinschaftsbewusstsein nicht hält, bestehen jedoch vielerorts. Grundsätzlich funktioniere die Solidarität umso eher, je kleinstrukturierter die Gemeinden sind. Andererseits war es „bisher noch nie so wirklich notwendig, [...] solidarisch zu sein“.

Die Bereitschaft größerer Betriebe und der Wirtschaft der Region zur Solidarität wird im Falle einer „wirklichen Krise“ stark angezweifelt. Zwischen den Gemeinden beschreibt man den Willen zur Zusammenarbeit im Vergleich zu früher als gestiegen, „politisches Kleingeld“ hindere jedoch, „gemeinsam in eine Richtung zu gehen“.

Maßnahmen zur Erhöhung der regionalen Widerstandsfähigkeit gegenüber potenziellen Energie- | Ölkrisen

Die Vorschläge der SchlüsselakteurInnen an **Maßnahmen** zur Erhöhung der regionalen Widerstandsfähigkeit adressieren drei Schwerpunkte:

(1) Kommunale und regionale Energienotfallplanung

Von den Gemeinden selbst und auch von anderen Organisationen wird angeregt, das Thema Energiekrisen in die kommunalen Krisenmanagementpläne aufzunehmen. Die Katastrophenschutzpläne der Gemeinden sollten auch „kommunale Notfallpläne im Sinne der Verteilungsgerechtigkeit“ enthalten. Weil „die Frage ist, wer überlegt sich das und wer tut dann einteilen und wer ist dann die Instanz, die quasi leiten kann“.

Darüber hinaus wird ein regionaler Energienotfallplan mit mittel- und langfristigen Maßnahmen sowie Indikatoren zur Abschätzung eines allfälligen Kriseneintritts vorgeschlagen. Dieser sollte sinnvollerweise mit kommunalen Verpflichtungsklauseln für entsprechende Aktivitäten gekoppelt sein. Darüber hinaus sieht man die Firmen, die Privaten und halböffentlichen Betriebe eher als Problem, „[...] weil ich glaub nicht, dass die irgendwas haben.“

(2) Aufklärung und Bewusstseinsbildung

Die Krux zur Verhaltensänderung, für Veränderung von Strukturen und für Einsparungspotenzial wird in der Bewusstseinsstärkung gesehen: „[...] einerseits müssen sich die Gemeinden im Klaren sein, dass es das Problem gibt, dann muss man die Betriebe irgendwie darauf vorbereiten, [...]“. Vorausschauendes Denken erfordere Verantwortung und Information. Branchentreffen könnten dem Wissensaustausch dienen, dazu sei „da auch schon Solidarität notwendig“.

Die bisherigen Aktivitäten auch der Leader- und Klima- und Energiemodellregion stoßen bei den größeren und Industriefirmen an Grenzen, auch das Interesse und Engagement der Gemeinden abwärts der Regionsvertretungen gilt als „enden wollend“. Das Thema Energie ist „noch nicht in den Köpfen“, es ist „lästig“ und eine „Bürde“. Ein „schubweises“ Weiterkommen wird aber

wahrgenommen, daher muss man „auf dem Thema draufbleiben“. Sensibilität sei zu schaffen und Aufklärungsarbeit, Netzwerken und Zusammenarbeiten, auch im sozialen Bereich, werden als die vorrangigsten Maßnahmen beschrieben.

(3) Energieautarkie und Umrüstung

Auch wenn „komplett autark nicht gehen“ wird, sei v.a. für die Gemeinden Energieautarkie erstrebenswert. So gute Absicherung als möglich bzw. die Schaffung von Möglichkeiten, den Betrieb der öffentlichen Gebäude und Schulen auch anders aufrecht zu erhalten, sei wichtig. Schritte in diese Richtung seien zuallererst **Aufklärung**, ein **Energiemonitoring** bzw. die **Definition eines Status Quo** mithilfe der Energiebeauftragten, der als Basis für eine Prioritätenliste für Investitionen dienen soll. Die „Selbsteinschätzung“ der Gemeinden und auch der Firmen sei im Moment nicht gegeben. Gemeindebenchmarks könnten dabei ein Auftrag an Bund und Universitäten sein.

„Umrüstung“ kursiert als verbreiteter Gedanke. Diese sollte im Kleinen anfangen, auch wenn nicht „alles bewusst ist, was gehen würde.“ Bisher bewehrte Alternativen wie Biomasse- und PV-Anlagen, kleinstrukturierte Nahwärme- oder Wasserkraftwerke etc. sind „weiterzufahren“. Aufklärung, **Information und Solidarität** sind ein dafür notwendiges Basisgerüst. Teilweise betrachtet man **Konzepte auf Bundesland-Ebene** nötig, v.a. wo man von Bundesgeldern abhängt. Auch sind **Verfahren und Genehmigungen sowie Baustandards anzupassen**.

Wünsche an die Politik

Von Seiten der Öffentlichkeit und der Politik äußern die SchlüsselakteurInnen Wünsche und Erwartungen im wesentlichen zu drei Kernbereichen:

- (1) Zum einen erwartet man sich finanzielle Unterstützung der und **Investitionen in die Freiwilligenorganisationen**. Diese erfreuen sich zwar eines hohen Stellenwertes in der Region („Die [...] sind Goldes wert, die sind mehr wie Goldes wert, wurscht in was für ein Szenario das kommt.“), als hinderlich gilt jedoch die Abhängigkeit der Organisationen von den Leistungen der Gemeinden, daher sollten diese „ihren Aufgaben, so wie es im Gesetz drinnen steht, zu 100% nachkommen.“ „[...] die schlechteste Form einer Entwicklung ist, keine Investition zu machen.“ Daher sei es eine Herausforderung für die Politik, die Freiwilligenorganisationen durch Investitionen abzusichern, da ansonsten auch das Ehrenamt, das die Funktionalität der Organisationen garantiert, wackelt. Und „da darf keine Sekunde daran gerüttelt werden, weil in Wahrheit, das absolut das billigste System ist, um so eine hohe Qualität zu fahren.“
- (2) Ein zweiter wichtiger Appell, der an die Politik gerichtet wird, sind **Förderungen zum Thema Alternativenergien**. Derzeit sind diese durch nachgesetzte Regulativen und abrupte Rückzieher geprägt, was mittel- bis langfristige Planungen nicht zulässt und für Betreiber und Investoren hinderlich ist. Daher „müssten von der politischen Seite einmal ganz klare Akzente gesetzt werden“. **Kontinuität und langfristige Konzepte**, ist man sich einig, sowie **Abstimmung von Bund, Land und Gemeinden** seien daher notwendig. Regulierungen und Masterpläne sollten von vornherein entwickelt und verfolgt werden. Partiiell befindet man Förderungen zwar als hilfreich aber nicht als Lösung für alles. Man möchte viel mehr auch die Industrie, wie z.B. die Autoindustrie, in der Verantwortung sehen. Für die Region selbst erscheint die Neu-Orientierung der Leader-Programme weg vom touristischen Fokus hin in Richtung Arbeitsplatzbeschaffung und wirtschaftliche Entwicklung von Vorteil. Differenzierung nach subregionalen Gegebenheiten und die Schaffung weiterer Anreize werden angeregt.

(3) Zum Dritten erwartet man sich von den Politikern auf allen Ebenen das **Einhalten und Umsetzen der Wahlversprechen** und die Verstärkung der „*Verantwortlichkeit der Verantwortungsträger*“, im Konkreten: „[...] *politische Verantwortung muss sich in persönlicher Geldhaftung repräsentieren, [...]*“.

Auf EU-Ebene sei eine Reorganisation in Hinblick auf Demokratie gefordert. Es müsse der „*gesamte Lobbyismus verschwinden*“ und „*andere Entscheidungskriterien her*“ als die rein ökonomischen. Regionalbüros der EU zumindest in den Bundeshauptstädten könnten helfen, das derzeitige Agieren auf lobbyistischer Basis auf eine demokratische Basis umzulenken. Letztlich müsse man die „**Lebensqualität überhaupt neu definieren**“. Notwendig erscheint, über den volkswirtschaftlichen Ansatz hinauszugehen und sie nicht rein auf Wachstumsraten zu basieren.

Das Projektteam „Resilienz Österreich“ dankt den InterviewpartnerInnen aus den Gemeinden Ternitz, Gloggnitz und Hohe Wand, den VertreterInnen des Österreichischen Roten Kreuzes und der Freiwilligen Feuerwehren, der Bezirksbauernkammer, der Bildungseinrichtungen und Sozialvereine, sowie den Regionsvertretungen LeaderRegion und Klima- und Energiemodellregion:

N1 (2013): Interview am 26.06.2013 in Gloggnitz.

N2 (2013): Interview am 27.06.2013 in Ternitz.

N3 (2013): Interview am 04.07.2013 in Gloggnitz.

N4 (2013): Interview am 04.07.2013 in Neunkirchen.

N5 (2013): Interview am 23.07.2013 in Neunkirchen.

N6 (2013): Interview am 23.07.2013 in Putzmannsdorf.

N7 (2013): Interview am 23.07.2013 in Neunkirchen.

N8 (2013): Interview am 30.07.2013 in Ternitz.

N9 (2013): Interview am 20.09.2013 in Wr. Neustadt.

N10 (2013): Interview am 20.09.2013 in Neunkirchen.